

BK
+ 13. März 2013 +
Eing.-Nr.



DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH

an die Bundeskanzlei

Zürich, 5. März 2013

Änderung des Publikationsgesetzes des Bundes (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Änderung des Publikationsgesetzes vom 18. Juni 2004 Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen den vorgeschlagenen Wechsel der rechtlichen Verbindlichkeit von der gedruckten zur elektronischen Veröffentlichung von Texten in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS) und im Bundesblatt (BBl). Dieser Wechsel entspricht den heutigen Gewohnheiten der meisten Nutzerinnen und Nutzer des Internets und trägt deren Erwartungen an die Verbindlichkeit von amtlichen Veröffentlichungen im Internet Rechnung. Mit der am 18. April 2012 beschlossenen Änderung der kantonalen Publikationsverordnung vom 2. Dezember 1998 (LS 170.51) hat der Kanton Zürich diesen Schritt in Bezug auf die amtlichen Veröffentlichungen im Amtsblatt bereits vollzogen, und auch für die Gesetzessammlung ist der Wechsel in Vorbereitung.

Die geplante Erweiterung der Publikationsplattform, in die neben den in AS, SR und BBl veröffentlichten Texten auch Texte aufgenommen werden sollen, die einen engen Zusammenhang zur Gesetzgebung haben (insbesondere Vernehmlassungsunterlagen), ist ebenfalls zu begrüssen. Dies ist namentlich für diejenigen nützlich, die mit den Rechtserslassen arbeiten.

Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen:

Zu Art. 1 Abs. 1 Bst. c

Der Vorschlag nennt als Texte mit einem engen Zusammenhang zur Gesetzgebung insbesondere «Vernehmlassungs- und Anhörungsunterlagen» (Ziff. 2). Diese Bestimmung ist mit der geplanten Änderung des

Vernehmlassungsgesetzes, zu der gegenwärtig ein Vernehmlassungsverfahren läuft, zu koordinieren, weil im Rahmen der Änderung des Vernehmlassungsgesetzes die Unterscheidung von Vernehmlassungen und Anhörungen beseitigt werden soll.

In der Praxis haben die Begründungen zu Verordnungen und Verordnungsänderungen eine grosse Bedeutung. Auch wenn die Aufzählung der zu veröffentlichenden «Texte im Zusammenhang mit der Gesetzgebung» nicht abschliessend ist, sollte der Katalog daher doch wie folgt ergänzt werden:

3. Begründung der Beschlüsse von Verordnungen und Verordnungsänderungen.

Zu Art. 5 Abs. 2

Gemäss dieser Bestimmung werden Texte, die in einem andern in der Schweiz zugänglichen Publikationsorgan veröffentlicht sind, nur durch Verweis in die AS aufgenommen. Gemäss Erläuterndem Bericht sollen die Hinweise auf Texte, die in einem in der Schweiz zugänglichen «offiziellen – schweizerischen oder ausländischen – Organ» publiziert sind, als Listen und Fussnoten innerhalb der verweisenden Erlasse veröffentlicht werden.

Entscheidend ist, dass es sich beim Organ, auf das verwiesen wird, um ein offizielles Organ handeln muss. Im Internet gibt es zahlreiche Angebote, die zu bestimmten Sachgebieten oder für einen bestimmten Personenkreis Zusammenstellungen von Normtexten anbieten. Ob solche von Dritten zusammengestellte Rechtssammlungen stets dem geltenden Recht entsprechen, ist für die Rechtssuchenden nicht ohne Weiteres erkennbar. In einem Verweis ist deshalb das Organ anzugeben, das den Text, auf den verwiesen wird, offiziell herausgegeben hat. Dies muss seinen Niederschlag im Gesetzestext finden. Deshalb ist Art. 5 Abs. 2 dahingehend zu ergänzen, dass «Texte, die in einem andern in der Schweiz zugänglichen offiziellen Publikationsorgan veröffentlicht sind», durch Verweis in die AS aufgenommen werden. Dies entspricht im Übrigen dem geltenden Recht gemäss Art. 5 Abs. 2 Bst. b.

Zu Art. 13a Abs. 1 Bst. b und Art. 14 Abs. 4

In Bezug auf die Absicht des Bundes, die Unterscheidung zwischen Vernehmlassung und Anhörung fallen zu lassen, kann auf das zu Art. 1 Abs. 1 Bst. c Gesagte verwiesen werden. Eine Änderung des Vernehmlassungsgesetzes wirkt sich auch auf diese beiden Bestimmungen aus.

Zu Art. 13a Abs. 2

Die Veröffentlichung der Begründung von Verordnungen sollte eine gesetzliche Pflicht sein und nicht ins Ermessen des Bundesrates gestellt werden.

Zu Art. 16 Abs. 3

Diese Bestimmung ist sehr unbestimmt. Sie lässt dem Bundesrat freie Hand, darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Voraussetzungen er periodische Ausgaben der Inhalte der Publikationsplattform in gedruckter oder elektronischer Form erstellen und vertreiben will. Die Formulierung lässt es auch zu, dass der Bundesrat die Lieferung von periodisch erscheinenden Produkten ganz einstellen kann.

Sollte kein Bedarf nach Lieferungen in gedruckter Form mehr bestehen oder sollte der dafür erforderliche Aufwand nicht mehr verhältnismässig sein, soll darauf verzichtet werden können. Erfolgen indessen keine periodischen Lieferungen in Papierform mehr, ist zu fordern, dass die entsprechenden Informationen in neue Gefässe wie z. B. wöchentliche Newsletter mit den Neuerungen übergeführt werden. Diese Pflicht, eine Alternative zu den periodisch gelieferten gedruckten Produkten bereitzustellen, ist im Gesetz zu verankern. Art. 16 Abs. 3 ist deshalb entsprechend zu formulieren.

Zu Art. 16b

Die Gesetzesvorlage enthält keine Regelung zur Archivierbarkeit und Erschliessung der Publikationen durch Register und Inhaltsverzeichnisse. Im Gegensatz zu gedruckten Erzeugnissen können elektronische Dokumente ohne Weiteres nachträglich ersetzt, korrigiert oder anderweitig geändert werden. Damit solche Änderungen auch später noch nachvollziehbar sind, müssen die Archivierbarkeit der elektronischen Publikationen sowie deren Erschliessung durch Inhaltsverzeichnisse und Register sichergestellt werden. Zumindest die Grundsätze sind auf der Gesetzesstufe festzulegen. Wir beantragen deshalb, Art. 16b wie folgt zu formulieren:

Der Bundesrat legt die notwendigen Massnahmen fest, um Authentizität und Integrität der elektronischen Texte sowie deren Archivierbarkeit und Erschliessung durch Register und Inhaltsverzeichnisse zu gewährleisten.

Zu Art. 18

Diese Bestimmung verpflichtet die Kantone, eine Einsichtnahmestelle zu bezeichnen, bei der alle Interessierten in die Inhalte der Publikationsplattform Einsicht nehmen können. Dieses Recht auf Einsichtnahme erstreckt sich nicht mehr nur wie bisher auf die AS und SR sowie das BBl, sondern auf den gesamten Inhalt der Publikationsplattform. Das Bundesrecht regelt nicht, wie die Möglichkeit der Einsichtnahme sicherzustellen ist. Gemäss Erläuterndem Bericht sind die Kantone frei, ihren Einsichtnahmestellen vorzuschreiben, weiterhin Drucksachen zu beziehen. Dies setzt freilich voraus, dass der Bund nach wie vor Drucksachen liefert, was offenbar nicht gewährleistet ist (vgl. Art. 16 Abs. 3 des Entwurfs). Zu Recht weist der Erläuternde Bericht indessen darauf hin,

dass es genügt, wenn die Einsichtnahmestelle eine Onlinekonsultation der Inhalte der Publikationsplattform (AS, SR, BBl und die weiteren Inhalte) ermöglicht. Diese zeitgemässe Möglichkeit der Kantone, ihrer Pflicht zur Gewährung der Einsichtnahme in die Inhalte der Publikationsplattform nachzukommen, darf durch die Verordnung des Bundes nicht eingeschränkt werden. Dies ermöglicht es den Kantonen, auf den Bezug von Lieferungen in gedruckter Form zu verzichten. Damit entfällt der nicht unerhebliche Aufwand zur laufenden Nachführung der Publikationsorgane in Papierform.

Zu Art. 19 Abs. 1

Dass die Einsichtnahme in die Inhalte der Publikationsplattform unentgeltlich ist, ist richtig. Dies muss insbesondere auch für Rechtserrasse gelten, bei denen die AS auf ein anderes Organ ausserhalb der Publikationsplattform verweist. Auch in diesem Fall muss sichergestellt sein, dass die Rechtsunterworfenen unentgeltlichen Zugang zum geltenden Recht haben. Es wäre aus rechtsstaatlicher Sicht unhaltbar, wenn eine Rechtssuchende oder ein Rechtssuchender erst nach Bezahlung einer Entschädigung den sie oder ihn betreffenden Rechtserlass einsehen könnte. Insbesondere für Normen privater Organisationen, die im Bundesrecht für verbindlich erklärt wurden, ist dem Prinzip der Unentgeltlichkeit der Konsultation des Textes Nachachtung zu verschaffen. Die Verankerung dieses Grundsatzes im PubLG wird daher ausdrücklich begrüsst.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.



Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

BK		
+	28. Feb. 2013	+
Eing.-Nr.		

Chancellerie fédérale
CPO
3003 Bern

0255

Bern, le 27 février 2013

STA C

Modification de la loi fédérale sur les recueils du droit fédéral et la Feuille fédérale (Loi sur les publications officielles, LPubl); Consultation du canton de Berne

Madame la Chancelière de la Confédération,
Mesdames et Messieurs,

Le gouvernement bernois vous remercie de lui avoir donné la possibilité de prendre position sur le projet de modification de la loi fédérale sur les publications officielles.

Comme mentionné justement au chiffre 3.2 du rapport explicatif accompagnant le projet de révision partielle, les modifications proposées n'ont quasiment aucune répercussion sur les cantons.

De son point de vue, le Conseil-exécutif du canton de Berne rejoint cette analyse et accueille avec satisfaction la volonté de la Confédération de définir la version électronique des publications officielles comme déterminante. Les gains de temps et de place dans les locaux de l'administration cantonale liés à ce changement seront appréciables. Il sera possible de réaliser des économies de papier. La publication sur la plate-forme des documents relatifs aux procédures de consultation ou d'audition au sens de la loi du 18 mars 2005 sur la consultation de même que les versions antérieures du droit fédéral et les textes publiés sous la forme de renvois est également accueillie avec satisfaction, vu le gain en efficacité en découlant pour les utilisateurs.

S'agissant des dispositions ayant un impact direct sur le canton de Berne, l'ajout d'une lettre c à l'article 4 est tout à fait justifié. En effet, il est normal que la version publiée par la Confédération soit jugée déterminante lorsque la force obligatoire est déclarée par cette dernière. L'article 18 qui impose aux cantons de désigner des services offrant la possibilité de consulter les textes contenus sur la plate-forme de publication de même que les textes publiés selon la procédure extraordinaire qui ne sont pas encore publiés dans le RO n'a que peu d'influence sur la législation bernoise. La teneur de l'article 18 de la loi fédérale actuelle sur les publications officielles est analogue, mais plus restreinte. Dès lors, la disposition nécessaire qui existe dans la législation cantonale bernoise (art. 28 de la loi cantonale du 18 janvier 1993 sur les publications officielles, LPO ; RSB 103.1) devra être adaptée.

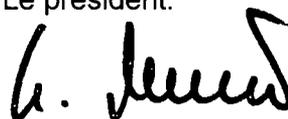
A notre avis, la mention de l'adverbe « principalement » dans l'article 16 n'est pas nécessaire. En effet, l'alinéa 2 précise clairement que les textes peuvent être imprimés sur demande. L'emploi de cet adverbe pourrait laisser entendre que des publications officielles peuvent être faites ailleurs que sur la plate-forme électronique, ce qui n'est pas l'intention de la révision législative.

Dans l'ensemble, cette révision partielle est, du point de vue du canton de Berne, très satisfaisante. Une révision de la loi bernoise sur les publications officielles va prochainement être mise en consultation. Les modifications proposées par le Conseil-exécutif dans son projet de révision partielle se rapprochent en plusieurs points de celles proposées par la Confédération dans le présent projet, notamment concernant l'orientation vers un primat de la version électronique. Elles seront l'occasion d'adapter la disposition de la loi cantonale réglant la possibilité de consulter les publications officielles fédérales auprès de la Chancellerie d'Etat.

Nous vous sommes reconnaissants de l'attention portée à nos remarques et vous prions d'agréer, Madame la Chancelière de la Confédération, Mesdames, Messieurs nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil-exécutif

Le président:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. J. J. J.', written in a cursive style.

Le chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. J.', written in a cursive style.



Staatskanzlei

Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern
Telefon 041 228 50 20
Telefax 041 228 65 09
staatskanzlei@lu.ch
www.lu.ch

Bundeskanzlei BK
KAV
3003 Bern

Per E-Mail an:
kavweb@bk.admin.ch

Luzern, 26. Februar 2013

Protokoll-Nr.: 224

**Änderung des Publikationsgesetzes: Stellungnahme des Regierungsrates
des Kantons Luzern**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir uns im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Publikationsgesetzes äussern können.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir den vorgeschlagenen Anpassungen des Publikationsgesetzes zustimmen. Insbesondere befürworten wir, dass der Bund künftig nicht mehr über seine Print-, sondern über seine elektronischen Medien rechtsverbindlich publizieren kann. Für Rechtsanwenderinnen und -anwender sehr hilfreich ist zudem die neu vorgesehene elektronische Zurverfügungstellung der alten Fassungen des Bundesrechts, wie sie einmal konsolidiert in der Systematischen Rechtssammlung erschienen sind (Art. 13a Abs. 1c). Dabei gehen wir davon aus, dass dies in einer benutzerfreundlichen Art und Weise geschieht. Dringlich ist unseres Erachtens auch, dass die drei Rechtspublikationen BBI, AS und SR auf der geplanten neuen Publikationsplattform durch eine geeignete Suchfunktion endlich besser, d.h. differenzierter und gezielter, durchsucht werden können. Die heutigen Suchmöglichkeiten sind rudimentär oder, bei BBI und AS, quasi inexistent.

Freundliche Grüsse



Lukas Gresch-Brunner
Staatschreiber





Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundeskanzlei
Kompetenzzentrum für
amtliche Veröffentlichungen (KAV)
3003 Bern

Änderung des Publikationsgesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2012 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung bezüglich der Änderung des Publikationsgesetzes (PublG; SR 170.512) eingeladen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Wir äussern uns dazu wie folgt.

Wir unterstützen die vorgeschlagene Revision des Publikationsgesetzes. Insbesondere sind wir für den von Ihnen vorgeschlagenen Primatwechsel, dass künftig nicht mehr die gedruckte Version der amtlichen Veröffentlichungen massgeblich sein sollen, sondern die elektronische Fassung. Die amtliche Sammlung (AS) und die Systematische Sammlung (SR) des Bundesrechts sowie das Bundesblatt (BBl) sollen auf einer technisch verbesserten Publikationsplattform zur Verfügung gestellt werden. Auf der gleichen Plattform sollen neu auch rechtlich relevante Texte veröffentlicht werden, auf die bisher in AS und BBl lediglich verwiesen wurde.

Damit die Publikationsplattform im alltäglichen Einsatz möglichst grosse Akzeptanz findet, bitten wir Sie, grossen Wert auf eine hohe Verfügbarkeit und intuitive Bedienungsmöglichkeit der neu aufzubauenden Plattform zu legen. Ebenso wichtig ist es, dass Erlasse des Bundes

seitens von Dritten (z. B. Kantone und Gemeinden) mittels logisch aufgebauten und permanent verfügbaren Links dauerhaft vernetzt werden können.

Hinsichtlich der geplanten täglichen - statt wie bisher wöchentlichen - Publikation von AS und BBI bitten wir Sie, die Möglichkeiten eines elektronischen Bring-Prinzip (Newsletter, RSS-Feed oder vergleichbar) anzuwenden. Eine Abkehr vom bisher praktizierten Bring-Prinzip mittels Postversand hin zu einem Hol-Prinzip auf der Publikationsplattform würde einen wesentlichen Rückschritt bedeuten. Damit würde man sich vom angestrebten Ziel eines gesteigerten Service im Dienste der Rechtsuchenden entfernen.

Wir regen an, die Ablösung von gedruckten Publikationen hin zu elektronischen Fassungen von AS, SR und BBI ohne zeitlichen Druck vorzunehmen und beide Systeme nach Möglichkeit einige Zeit parallel zu betreiben. Dieses Vorgehen bietet Gewähr, dass einerseits Abonentinnen und Abonnenten der gedruckten Produkte ihren gewohnten Service noch während einer angemessenen Übergangszeit in Anspruch nehmen können. Andererseits besteht mit den gedruckten Exemplaren eine Rückfallebene, falls auf der Publikationsplattform unvorhergesehene technische Probleme auftreten oder anfängliche Unzulänglichkeiten behoben werden müssten.

Die vorgesehene Regelung, dass bei der Bundeskanzlei und bei den von den Kantonen bezeichneten Stellen die Inhalte der elektronischen Publikationsplattform sowie die durch ausserordentliche Publikation veröffentlichten Erlasse eingesehen werden können, unterstützen wir.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie mit vorzüglicher Hochachtung.

Altdorf, 5. März 2013



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

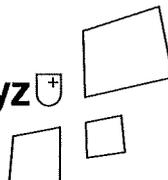
Der Kanzleidirektor

Josef Dittli

Roman Balli

Staatskanzlei

Regierungsgebäude
CH-6431 Schwyz
Telefon +41 41 819 26 03
Fax +41 41 819 26 19
E-Mail stk@sz.ch
Internet www.sz.ch

kantonschwyz 

CH-6431 Schwyz, Postfach 1260

A-Post

Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

Schwyz, 5. März 2013

Teilrevision des Publikationsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2012 eröffnete die Bundeskanzlei die Vernehmlassung über die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsgesetz, SR 170.512, PublG).

Die Teilrevision hat den Primatwechsel von der gedruckten Version zur elektronischen Fassung der amtlichen Veröffentlichungen zum Gegenstand. Damit wird die elektronische Fassung der amtlichen Publikationen des Bundes rechtlich massgebend und erhält gegenüber der gedruckten Version der jeweiligen Publikation den Vorrang.

Der Primatwechsel von der gedruckten Version auf die elektronische Fassung ist sinnvoll und entspricht den heutigen Anforderungen.

Es ist insbesondere zu begrüßen, dass der Geltungsbereich des Gesetzes grundsätzlich gleich und die AS als primäres Organ für die Veröffentlichung des Bundesrechts erhalten bleibt. Damit wird die historische Abbildung der Rechtsentwicklung sichergestellt und die Möglichkeit, den Kontext einer Änderung nachzuvollziehen, bleibt weiterhin bestehen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Freundliche Grüsse
Staatskanzlei des Kantons Schwyz



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Bundeskanzlei
KAV
Bundeshaus West
3003 Bern

Referenz/Aktenzeichen: G-Nr. 2013-0015
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 6. März 2013

Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur geplanten Änderung des Publikationsgesetzes und nehmen dazu gerne wie folgt Stellung:

Wir können die Überlegungen, die zum geplanten Primatwechsel führen, nachvollziehen, stellen wir doch auch bei uns fest, dass die Auflagezahlen der Druckprodukte laufend abnehmen. Auch prüfen wir die künftige Herausgabe des Amtsblatts in elektronischer Form. In diesem Sinn verfolgen wir die Entwicklung auf Bundesebene mit Interesse.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Bundeskanzlerin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Franz Enderli
Landammann

Dr. Stefan Hossli
Landschreiber



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN
UND REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, 6371 Stans, 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Postfach, STK

A-Post
Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

Stans, 05.03.2013

Änderung des Publikationsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 21. November 2012 haben Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes eingeladen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit der Mitwirkung und nehmen gerne wie folgt Stellung.

Der Kanton Nidwalden begrüsst den vorgeschlagenen Primatwechsel von der gedruckten zur elektronischen Veröffentlichung. Damit wird ein zeitgemässes System eingeführt, welches den technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie den Anwenderbedürfnissen besser Rechnung trägt.

Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir keine konkreten Anmerkungen anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Landammann

Ueli Amstad



Landschreiber

Hugo Murer

BK		
+	21. Feb. 2013	+
Eing.-Nr.		

Glarus, 19. Februar 2013
Unsere Ref: 2012-271

Vernehmlassung i. S. Änderung des Publikationsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Inhalt der Änderung

Das Publikationsgesetz (PublG) regelt drei Publikationsprodukte:

1. die Amtliche Sammlung des Bundesrechts (AS), mit den normativen Texten in der Form der Änderung des Rechts durch die zuständige Behörde;
2. die Systematische Sammlung des Bundesrechts (SR), mit den von der Bundeskanzlei (BK) erstellten normativen Texten in der jeweils gültigen konsolidierten Form; sowie
3. das Bundesblatt (BBI), mit den Materialien der Gesetzgebung (Botschaften und Berichte) und Verfügungen.

Das PublG sieht zwar ausdrücklich elektronische Versionen dieser drei Produkte vor, verleiht aber nur ihren gedruckten Versionen Massgeblichkeit (Art. 9 PublG). Einer massiv gesunkenen Zahl von Abonnenten der gedruckten Werke von ca. 2000 stehen mittlerweile ca. 20 Mio. Zugriffe pro Monat auf die Online-Versionen gegenüber.

Das System der amtlichen Publikationen soll den technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden. Vielen Rechtsuchenden ist aber kaum mehr bewusst, dass bis heute allein die gedruckten Veröffentlichungen rechtlich verbindlich sind. Die Änderung ermöglicht insbesondere den Primatwechsel, d.h. künftig soll nicht mehr die gedruckte Version der amtlichen Veröffentlichungen massgebend sein, sondern die elektronische Fassung.

Mit der Revision soll auch der Zugang zu den rechtlich relevanten Texten verbessert werden. So werden zum Beispiel Texte, auf die in AS und BBI lediglich verwiesen wird, künftig an einem zentralen Ort abrufbar gemacht und die Zurverfügungstellung von historischen Fassungen von SR-Texten als gesetzlicher Auftrag verankert. Schliesslich wird die Anpassung einiger Detailbestimmungen im Lichte von gemachten Erfahrungen der letzten Jahre vorgehen.

2. Stellungnahme des Regierungsrates

Im Kanton Glarus stellen sich aktuell die gleichen Fragen. Die Gesetzesammlung (GS) und das Amtsblatt sind seit längerem elektronisch verfügbar. Mit der Umstellung von der externen Produktion der Gesetzessammlung auf Lexwork werden die zum Teil langen Fristen bis zur Publikation der rechtsgültigen Gesetzes- und Verordnungstexte in der Amtlichen Sammlungen (AS) oder der GS bald Geschichte sein und das kantonale Recht kann nach der Bereinigung tagesaktuell publiziert werden. Auch bei uns ist ein starker Rückgang der Abonnenten unserer GS zu verzeichnen.

Nachdem das Ausland in den letzten Jahren erfolgreiche Erfahrungen mit der Rechtsgültigkeit elektronischer amtlicher Veröffentlichungen gemacht, der Kanton Aargau seit dem 1. Januar 2012 seine amtlichen Veröffentlichungen sogar nur noch elektronisch herausgibt und die Kantone Waadt, Obwalden und neuerdings Graubünden immerhin auf den Druck ihrer systematischen Rechtssammlungen verzichten, und auch Basel-Land, Solothurn, das Fürstentum Liechtenstein den Vorrang der elektronischen Version ins Auge fassen, plant auch der Kanton Glarus in absehbarer Zeit eine entsprechende Änderung der Publikationsvorschriften. Wir werden mittelfristig zumindest auf den Druck der Gesetzessammlung verzichten und auch den Primatwechsel bei der Publikation zur GS anstreben.

Vor diesem Hintergrund begrüsst der Regierungsrat des Kantons Glarus die geplanten Änderungen der Publikationsvorschriften, zumal es der Primatwechsel ermöglicht, ohne grossen Aufwand den wöchentlichen Rhythmus der rechtsgültigen amtlichen Veröffentlichungen zu verlassen und auf flexiblere Veröffentlichungstermine überzugehen. Auch den übrigen Änderungen stimmen wir zu. Zu den einzelnen geänderten Bestimmungen des Publikationsgesetzes haben wir keine Einwände oder Bemerkungen anzubringen.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

per E-Mail an: kavweb@bk.admin.ch

versandt am: 20. Feb. 2013

BK		
+	04. März 2013	+
Eing.-Nr.		

Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

Zug, 26. Februar 2013 hs

Änderung des Publikationsgesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin

Mit Schreiben vom 21. November 2012 haben Sie uns um eine Stellungnahme gebeten.

Wir machen Ihnen folgende Rückmeldung:

1. Der Regierungsrat **begrüss**t, dass künftig nicht mehr die gedruckte Version der amtlichen Veröffentlichungen, sondern neu die elektronische Fassung massgebend sein soll. Dieser Primatwechsel trägt den veränderten Realitäten, wie sie im erläuternden Bericht dargelegt werden; in geeigneter Weise Rechnung. Abgesehen von den veränderten Gepflogenheiten der Rechtsuchenden *und* -anwendenden bezüglich Konsultation von Erlassen, ist namentlich die erheblich beschleunigte Publikation und Aktualisierung der amtlichen Veröffentlichungen ein schlagendes Argument für die elektronische Fassung als massgebende Rechtsquelle. Weiter stellt der Primatwechsel auf Stufe Bund für die Kantone einen wichtigen Impuls dar, ihr Publikationsrecht zu überdenken und gegebenenfalls (wie teilweise schon geschehen) anzupassen; die Argumente, die für den Vorrang der elektronischen Fassung auf Stufe Bund sprechen, gelten gleichermassen für die Kantone.
2. Der Primatwechsel soll im Publikationsgesetz in Art. 16a Abs. 3 (neu) verankert werden. Folglich wird das bisherige Primat der gedruckten Ausgabe (Art. 9) aufgehoben. Neu ist nicht nur der Artikel selbst; vielmehr wird dieser auch unter einem neu geschaffenen Abschnitt eingefügt (4a. Abschnitt: Weitere Inhalte der Publikationsplattform [neu]). In diesem Zusammenhang erlauben wir uns, im Folgenden einige gesetzestechnische Bemerkungen anzubringen:

Die **Bezeichnung** des 4.a Abschnitts "*Weitere Inhalte der Publikationsplattform*" erweist sich insofern als **unklar**, als aus der Gesetzesvorlage an keiner Stelle explizit hervorgeht, welche Inhalte nebst den "weiteren" auf der Publikationsplattform erscheinen. In Art. 1 Abs. 2 (neu) wird zwar festgehalten: "*Es [das PubIG] sieht eine online zugängliche Plattform vor, die der Veröffentlichung dient (Publikationsplattform).*" Klar ist, dass sich Abs. 2 auf die unter Art. 1 Abs. 1 genannten Inhalte (AS, SR, BBl, andere Texte mit

einem engen Zusammenhang zur Gesetzgebung) bezieht. Der Gesetzestext, wonach die "Plattform" der Publikation der erwähnten Inhalte lediglich "dient", bringt aber zu wenig deutlich zum Ausdruck, dass diese Inhalte auch tatsächlich auf der Plattform veröffentlicht werden.

Antrag: Art. 1 Abs. 2 (neu) sei wie folgt zu formulieren:

"Die Inhalte gemäss Abs. 1 werden auf einer online zugänglichen Plattform veröffentlicht (Publikationsplattform)."

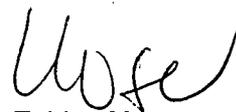
Diese Formulierung stellt einen klaren Zusammenhang mit dem 4a. Abschnitt her, der die "weiteren Inhalte der Publikationsplattform" neben denjenigen gemäss Art. 1 Abs. 1 nennt; Abs. 2 steht damit auch in Einklang mit den Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen. Dieselben Überlegungen gelten für den Einleitungssatz in Art. 13a Abs. 1 (neu) ("Auf der Publikationsplattform werden des Weiteren veröffentlicht:"). Diese Präzisierung ist umso wichtiger, als die erstmals in Art. 1 Abs. 2 erwähnte Publikationsplattform nicht unter einer Abschnittüberschrift erwähnt wird, wie dies nachfolgend im 4a. Abschnitt der Fall ist, sondern lediglich in besagtem Artikel erscheint (was unter systematischen Gesichtspunkten ebenfalls als nicht ganz optimal erscheint). Die griffigere Formulierung wird zudem dem Stellenwert gerecht, die der Publikationsplattform infolge des Primatwechsels zukommt: "Die auf der Publikationsplattform veröffentlichte Fassung ist massgebend" (Art. 16a Abs. 3 [neu]).

3. Nebst dem unter Ziffer 1 genannten Wechsel wird im erläuternden Bericht schliesslich ein weiterer Paradigmenwechsel (Vorrang der SR im Verhältnis zur AS) angesprochen und mit guten Gründen verworfen. Auch wenn auf Stufe Bund und Kanton die chronologischen Erlassensammlungen im Vergleich zu den systematischen Rechtssammlungen marginal konsultiert werden und von daher gesehen ein solcher Wechsel grundsätzlich prüfenswert ist, überwiegen die damit verbundenen Nachteile deutlich. Ins Auge sticht dabei insbesondere der Nachteil, dass bei Erlassänderungen nicht nur die Änderungen selbst, sondern die angepassten Grundtexte in ihrer Gesamtheit (nochmals) genehmigt werden müssten, was zu einem unsinnigen Mehraufwand führen würde. Allein schon aus diesem Grunde **muss am Vorrang der AS festgehalten werden**. Wichtig bleibt allerdings der Hinweis, dass sich die Rechtssuchenden nach Vertrauensprinzip weiterhin in gleicher Weise auf die AS und SR stützen können.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Beat Villiger
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Seite 3/3

Kopie an:

- kavweb@bk.admin.ch
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Alle Direktionen
- Staatskanzlei



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

La Chancellerie fédérale
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Fribourg, le 4 février 2013

Modification de la loi fédérale sur les publications officielles Réponse à la consultation

Madame la Chancelière de la Confédération,

En réponse à votre lettre du 21 novembre 2012, nous vous adressons la détermination du canton de Fribourg concernant la modification mentionnée ci-dessus.

Nous soutenons la modification proposée, en particulier s'agissant de la primauté accordée à la version électronique du Recueil officiel en cas de divergence avec la version imprimée, car elle tient compte de l'évolution sociale et technique de ces dernières années et propose une réponse adéquate à des besoins avérés.

Nous saluons la prochaine mise à la disposition des internautes de l'historique des versions du Recueil systématique ; cette prestation, qui existe pour notre législation cantonale depuis 1996, est fort appréciée des milieux judiciaires et administratifs.

Nous partons de l'idée que la nouvelle plate-forme fédérale sera dotée d'un outil de recherche performant, permettant notamment de filtrer les recherches par langue, par publication officielle, ainsi que par dates d'adoption ou de validité des actes législatifs.

Il n'y a guère que la question des langues qui suscite quelque préoccupation de notre part vu le commentaire de la modification de l'article 14 LPubl et de la loi sur les langues.

Nous tenons à insister sur le fait que le risque d'une augmentation des frais de traduction ne peut en aucun cas justifier une restriction de l'égalité des langues officielles sur les sites de la Confédération (diffusion de documents dans une seule langue ou traduction différée dans l'une ou l'autre langue). Une limitation des versions linguistiques n'est admissible que dans des cas vraiment spéciaux, sans quoi la mission d'information de la population de l'ensemble de la Suisse ne serait pas remplie.

Ce qui peut se concevoir pour des documents fournis par des tiers (par ex. lors d'une consultation) ne peut pas valoir pour les documents élaborés par l'administration fédérale (par ex. le commentaire d'une ordonnance importante).

Nous sommes confiants que le Conseil fédéral partage ce point de vue et saura veiller à ce que les craintes exprimées ci-dessus ne trouvent pas de fondement lors de la mise en œuvre de ces dispositions légales.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Madame la Chancelière de la Confédération, l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat :

AC Demierre
Anne-Claude Demierre
Présidente



A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'D. Gagnaux'.

Danielle Gagnaux
Chancelière d'Etat

BK	
+	2 1. Feb. 2013
Eing.-Nr.	

Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

19. Februar 2013

Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Vernehmlassungsunterlagen i.S. Änderung des Publikationsgesetzes.
Nachfolgend äussern wir uns gerne wie folgt:

1. Allgemeine Bemerkungen

Kernpunkt der Revision ist der Wechsel zur rechtlichen Verbindlichkeit der elektronischen Veröffentlichung der Erlasse (statt wie bisher der gedruckten Fassung in der AS). Die damit in der praktischen Anwendung verbundenen Vorteile, welche in den Erläuterungen zur Vorlage beschrieben werden, sind unbestritten. Unabdingbare Voraussetzung für diesen Schritt ist aber, dass bei dieser Publikationsform der Schutz vor unbefugtem Ändern und die informatik-technische Sicherheit vollumfänglich gewährleistet werden können (Authentizität und Integrität der amtlichen Veröffentlichungen). Weiter muss sichergestellt sein, dass die offiziellen Rechtssammlungen des Bundes auch in Zukunft in genügender Anzahl in gedruckter Form vorhanden sind (zumindest bei der Bundeskanzlei, den Departementen, bei allen Kantonen sowie bei den von den Kantonen bezeichneten Einsichtsstellen), damit bei einem allfälligen länger dauernden Ausfall der technischen Systeme oder der online-Infrastruktur der Zugang zum geltenden Recht immer noch möglich bleibt. Unter diesen Voraussetzungen stimmen wir dem beabsichtigten Wechsel zu. Wir begrüssen insbesondere, dass die Erlasse an einem zentralen Ort (Publikationsplattform) online abgerufen werden können. Da bezüglich der Publikation des interkantonalen Rechts eine Publikationsplattform fehlt, regen wir an, eine solche Möglichkeit sei im Zusammenhang mit der bundeseigenen Publikationsplattform zu prüfen.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 1

Absatz 2 ist in dieser Form nicht leicht verständlich, eine Neuformulierung ist daher wünschenswert. Die Formulierung, wonach ‚es‘ (das Gesetz) eine Publikationsplattform vorsieht, wirkt schwerfällig und ist zu vermeiden. Klarer wäre z.B. „Die Bundeskanzlei veröffentlicht die amtlichen Publikationen in elektronischer Form und zentral auf einer Publikationsplattform.“ Somit wäre schon im ersten Abschnitt klar (und nicht erst in Art. 16 Abs. 1), dass es um einen Wechsel der Publikationsform geht und die Texte online an einem zentralen Ort abrufbar sind. Die beiden wichtigsten Elemente der Veröffentlichung (elektronische Fassung, Publikationsplattform) sind im Gesetz ansonsten nur indirekt erkennbar, was zu Missverständnissen führen kann. Bei einer Änderung von Art. 1 Abs. 2 wäre allenfalls auch eine

Anpassung von Art. 16 Abs. 1 in Betracht zu ziehen.

Art. 3 Abs. 1 und 3:

Als richtig erachtet wird, dass völkerrechtliche Verträge und Beschlüsse, die rechtsetzend sind, in der AS zu veröffentlichen sind, grundsätzlich auch jene, deren Geltungsdauer 6 Monate nicht übersteigt oder die von beschränkter Tragweite sind.

Art. 5:

Abs. 1 soll die Fälle der Veröffentlichung von Erlasstexten in der AS durch Verweis regeln, während Abs. 2 diejenigen Verweispublikationen regelt, die ausserhalb der bundeseigenen Publikationsplattform veröffentlicht sind. Diese Unterscheidung sollte in der Formulierung klarer zum Ausdruck kommen. Abs. 1 könnte z.B. wie folgt formuliert werden: „..... werden auf der Publikationsplattform nur mit Titel und Fundstelle aufgenommen...“ (*dort' streichen*).

Bei Verweisen in der AS auf externe Publikationsorgane (Abs. 2) müsste der Bund ebenso Gewähr für die Authentizität und Integrität dieser Texte bieten und sicherstellen, dass der in der AS angegebene Link rasch angepasst wird, wenn der Speicherort in den externen Publikationsorganen verändert wird.

Nach unserer Auffassung fallen unter die Veröffentlichung durch Verweis auch die Erlasse der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), auf die in diversen Bundeserlassen verwiesen wird, z.B. in Art. 1 Abs. 2 der Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die schweizerische Maturitätsprüfung (SR 413.12) oder in Art. 4 Abs. 1 der Verordnung des WBF vom 2. September 2005 über Studiengänge, Nachdiplomstudien und Titel an Fachhochschulen (SR 414.712). Weil diese Erlasse auf der Homepage der EDK abgerufen werden können, sind wir damit einverstanden, dass diese nur mit Titel und Fundstelle aufgenommen werden.

Art. 10 Abs. 1 und Abs. 2:

Die Schliessung der Lücke bezüglich Behebung sinnverändernder Fehler durch die Bundeskanzlei wird begrüsst.

Art. 13 Abs. 1 Bst. ^{fbis}:

Hier ist vorgesehen, den Katalog der obligatorisch im BBI zu veröffentlichenden Texte um die Verwaltungsverordnungen des Bundesrates zu erweitern. Unseres Erachtens ist es aber nicht unbedingt nötig, verwaltungsinterne Weisungen und Reglemente im BBI zu veröffentlichen.

Art. 13a:

Die vorgesehene Veröffentlichung von ergänzenden Unterlagen auf der Publikationsplattform, wie Vernehmlassungsauswertungen, vergangene und beschlossene künftige Fassungen der Erlasse, erläuternde Berichte zu den wichtigsten Verordnungsentwürfen etc., wird begrüsst. Dies kann die Arbeit mit den Erlassen bzw. den Zugang zu den benötigten Informationen in der Praxis vereinfachen.

Art. 16:

Hier sollte ausdrücklich geregelt werden, dass das Bundesrecht auch in gedruckter Form und in genügender Anzahl bereitzuhalten ist. Dies ist nötig, um im Fall eines grösseren Ausfalls der technischen Systeme oder der online-Infrastruktur noch darauf zugreifen zu können, wenn der Vertrieb der entsprechenden Nachträge (Abonnemente der gedruckten Fassung) dereinst aufgegeben wird.

Art. 16a

Nach Absatz 1 ist die in der AS veröffentlichte Fassung massgebend. Nach Absatz 3 ist die auf der Publikationsplattform veröffentlichte Fassung massgebend. Ohne Beizug der Erläuterungen können diese beiden Bestimmungen zu Missverständnissen Anlass geben. In Absatz 1 geht es offenbar um den Vorrang unter den gedruckten Fassungen (d.h. um das Verhältnis zwischen der AS und der SR), was entsprechend präzisiert werden sollte. Absatz 3 räumt hingegen der elektronischen Fassung den Vorrang vor der gedruckten Version ein. Aus systematischer Sicht würden wir es begrüssen, wenn der eigentliche Grundsatz (elektronische Fassung geht der gedruckten Fassung vor) bereits in Absatz 1 enthalten wäre (die anderen Absätze rücken nach). Im Sinne einer Klarstellung schlagen wir zudem vor, den Text folgendermassen zu präzisieren:

„Die auf der Publikationsplattform veröffentlichte **elektronische** Fassung ist massgebend“.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Esther Gassler
Frau Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber



BK
04. März 2013
Eing.-Nr.

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

An
Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

Basel, 27. Februar 2013

Regierungsratsbeschluss vom 26. Februar 2013

Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur beabsichtigten Teilrevision des Publikationsgesetzes (E-PubIG) Stellung zu nehmen und möchten uns wie folgt äussern.

Wir begrüßen die Optimierungsbestrebungen des Bundes, eine zentrale, online zugängliche und stetig aktualisierte Regelwerksammlung zu unterhalten und unterstützen insbesondere den angestrebten Wechsel des massgebenden Publikationskanals von der gedruckten Form zur elektronischen Version einer online zugänglichen Publikationsplattform (Primatwechsel). Auch die vorgeschlagene Ausweitung der Inhalte der Publikationsplattform auf Vernehmlassungsunterlagen und vergangene Fassungen des Bundesrechts ist sehr zu begrüßen.

Der beabsichtigte Primatwechsel setzt allerdings unbedingt voraus, dass nicht nur in naher sondern auch in ferner Zukunft der vom Gesetzgeber verabschiedete und in der als massgeblich erklärten elektronischen Version publizierte Erlasstext eingesehen werden kann. Die Lösung des Problems der Archivierung und damit Sicherstellung der langfristigen Verfügbarkeit ist unabdingbare Voraussetzung des Wechsels vom gedruckten zum Online-System. Es darf nicht sein, dass infolge technischer Neuerungen nicht mehr oder nur noch unter erschwerten Bedingungen auf alte Publikationen zurückgegriffen werden kann.

Ebenso wichtig wie die richtige Archivierung der Erlasstexte ist die Sicherstellung der Unveränderbarkeit. Online publizierte Texte sind daher zwingend mit einer elektronischen Signatur zu versehen, die sie als die massgebliche elektronische Version qualifizieren.

Wir gestatten uns, zu einzelnen Bestimmungen die nachfolgenden Bemerkungen anzubringen.

Zu Art. 4 E-PubIG:

Es ist vorgesehen, dass gemäss einem neuen Buchstaben c in Art. 4 E-PubIG die Verträge zwischen Kantonen, die vom Bund für allgemeinverbindlich erklärt wurden, in der Amtlichen Sammlung (AS) zu veröffentlichen sind. Wir bedauern, dass die revidierte Version des Publikationsgesetzes nicht vorsieht, dass auch jene Konkordate zwischen Kantonen, die nicht für allgemeinverbindlich erklärt wurden, in der AS zu veröffentlichen sind, müssen diese Konkordate doch gemäss Art. 48 Abs. 3 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 (BV; SR 101) dem Bund

zur Kenntnis gebracht werden. Auch über Verträge mit dem Ausland müssen die Kantone den Bund vor ihrem Abschluss informieren (Art. 56 Abs. 2 BV). Wir erachten eine Publikation dieser interkantonalen bzw. zwischen Kantonen und dem Ausland geschlossenen Verträge auf der Publikationsplattform des Bundes als sinnvoll. Einerseits kann damit eine einheitliche Informationsgrundlage für die betroffenen Kantone geschaffen werden, andererseits entstünde für sämtliche Nutzer eine klare Übersicht über die bestehenden Konkordate in der Schweiz.

Zu Art. 16 E-PublG:

Wir würden es begrüßen, wenn der Primatwechsel auch im Gesetzestext konsequent vollzogen würde. Entsprechend sollte darauf verzichtet werden, im Titel von Art. 16 E-PublG nach wie vor von "gedruckten Fassungen" zu sprechen. Währenddem die amtlichen Publikationen heute in zwei *gleichwertigen* Formen – elektronisch und gedruckt (mit einer Vorrangsregelung für den Fall von Abweichungen) –, zur Verfügung stehen, soll mit der Gesetzesrevision ja gerade ein *Wechsel* zur elektronischen Publikationsform vollzogen werden: Amtliche Publikationen erscheinen zukünftig elektronisch (vgl. auch Art. 1 Abs. 2 E-PublG), allfällige Drucke haben nicht mehr wie bis anhin den Status von *gleichwertigen* Veröffentlichungen. Entsprechend ist es verwirrend, wenn im Titel von Art. 16 E-PublG weiterhin von "gedruckten Fassungen" gesprochen wird, lässt doch der Begriff "gedruckte Fassung" an einen eigenständigen Publikationskanal denken, so, wie er bis anhin in Art. 16 PublG bewusst gewollt war. In diesem Zusammenhang ist auch Absatz 1 unklar, der davon spricht, dass die Texte "in erster Linie" auf der Publikationsplattform veröffentlicht werden. In Zukunft werden ja *sämtliche* Texte auf der Publikationsplattform veröffentlicht und die Texte sollen ja, anders als heute, gerade *nicht* mehr über zwei gleichwertige Publikationskanäle veröffentlicht werden. Die Formulierung "in erster Linie" ist zudem etwas missverständlich, denn der Wortlaut von Absatz 1 würde es zulassen, dass gewisse Publikationen nicht auf der Publikationsplattform, sondern ausschliesslich als gedruckte Fassung erscheinen, was ja gerade *nicht* gewollt ist (wenn also "in erster Linie" im Sinne von "hauptsächlich" verstanden würde). Auch aus der Formulierung in Absatz 2 ("auf Verlangen werden Texte gedruckt abgegeben") geht nicht klar genug hervor, dass die abzugebenden Texte ausschliesslich den Status von Ausdrucken von *Inhalten der Publikationsplattform* haben sollen. Dies wird erst in Absatz 3 unmissverständlich ausgedrückt, der festhält, dass allfällige periodische Ausgaben der amtlichen Publikationen die "Inhalte der Publikationsplattform" wiedergeben. Damit wird deutlich, dass ein allfälliges Angebot von Drucksachen ausschliesslich als zusätzliche Dienstleistung zu verstehen ist, und es in Zukunft nicht mehr zwei gleichwertige Publikationskanäle geben soll.

Wir würden es deshalb begrüßen, wenn aus dem Art. 16 E-PublG insgesamt klarer hervorginge, dass es sich bei gedruckten Texten nicht mehr um eigentliche "Fassungen" handelt, sondern lediglich um Auszüge aus der Publikationsplattform.

Zu Art. 16c E-PublG:

Es ist richtig, dass die Online-Publikation auf der Publikationsplattform datenschutzrechtliche Fragen aufwirft, und es ist zu begrüßen, dass diese Thematik einer gesetzlichen Regelung zugeführt wird. Weil die amtlichen Veröffentlichungen in Zukunft in erster Linie auf der elektronischen Publikationsplattform erscheinen, ist es unumgänglich, dass der geltende Art. 16 Abs. 2 PublG – der für die elektronische Publikation eine Anonymisierung der Personendaten vorgeschrieben hat –, gestrichen wird. Wir halten die vorgeschlagene Fassung von Art. 16c E-PublG jedoch für wenig überzeugend. Zum einen bezweifeln wir, dass Art. 16c Abs. 1 E-PublG in dieser Form überhaupt notwendig ist, denn die gesetzliche Grundlage für eine Publikation von Personendaten in amtlichen Publikationsorganen besteht ja in den spezialgesetzlichen Erlassen selbst, welche

die Publikation anordnen und auf die der vorgeschlagene Absatz 1 im Übrigen ja verweist (die gesetzliche Grundlage im Sinne von Art. 19 Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 [DSG]). Hält das Gesetz fest, dass die amtlichen Publikationsorgane elektronisch erscheinen, ist der Hinweis, dass diese elektronische Publikation auch die Bekanntgabe von Personendaten umfasst, sofern die Publikation in einem Gesetz angeordnet ist, unseres Erachtens redundant.

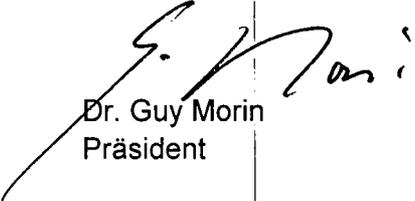
Zum ändern halten wir Art. 16c Abs. 2 PublG in seiner jetzigen Form für zu wenig bestimmt. Im Prinzip widerspricht ja bereits die Publikation von schützenswerten Personendaten an sich dem Schutzgedanken. Es wäre deshalb begrüssenswert, wenn bereits im Gesetz zumindest ansatzweise definiert würde, worin denn der Schutz der (besonders schützenswerten) Personendaten im Wesentlichen zu bestehen hat, ist es doch eine Folge des Primatwechsels, dass weder eine Anonymisierung noch eine nachträgliche Löschung dieser Daten als Schutzmassnahmen in Betracht kommen können. Vorstellbar wäre beispielsweise, bereits im Gesetzestext darauf hinzuweisen, dass mit technischen Mitteln sichergestellt werden muss, dass *keine Persönlichkeitsprofile ausserhalb des Zwecks der Publikation erstellt* werden können und dass keine Abfragen über online-Suchmaschinen möglich sein dürfen.

Zu Art. 19 i.V. mit 5 Abs. 2 E-PublG:

Der neue Art. 19 Abs. 1 E-PublG hält fest, dass auch die Konsultation von Texten, die in anderen, in der Schweiz zugänglichen Publikationsorganen veröffentlicht sind, unentgeltlich sein soll. In den diesbezüglichen Erläuterungen werden insbesondere die Normen privater Organisationen erwähnt, auf die das Bundesrecht verweist. Es ist jedoch unbefriedigend, wenn nicht sichergestellt wird, dass auch die Normen von privaten Organisationen über die Publikationsplattform *einfach* zugänglich sind. Es erscheint unbefriedigend, wenn private Normen für anwendbar erklärt werden, ihre Konsultation jedoch mit einem unverhältnismässigen Aufwand verbunden bleibt (etwa eine Konsultation bei den kantonalen Einsichtnahmestellen oder bei der Bundeskanzlei). Dies widerspricht dem Bestreben, die anwendbaren Normen vollumfänglich auf dem Internet zugänglich zu machen. Bereits heute ist es beispielsweise möglich, elektronische Dokumente durch technische Massnahmen online zur Einsicht zu Verfügung zu stellen, ohne dass diese heruntergeladen oder ausgedruckt werden können. Eine dahingehende Lösung wäre wünschenswert.

Wir danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



DER REGIERUNGSRAT
DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

BK
+ 28. Feb. 2013 +
Eing.-Nr.

An die
Bundeskanzlei
Kompetenzzentrum Amtliche Veröffentlichungen (KAV)
3003 Bern

Änderung des Publikationsgesetzes (PubIG); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2012 wurden die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung über die Änderung des Publikationsgesetzes eingeladen. Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme, welche wir gerne wahrnehmen.

Der Regierungsrat begrüsst die geplante Teilrevision des Publikationsgesetzes, mit der neu die elektronischen und nicht mehr die gedruckten Versionen der amtlichen Veröffentlichungen rechtlich verbindlich sein werden. Der Primatswechsel ist die logische Folge der Entwicklungen der letzten Jahre. Die Nutzung des Internets als Informationsquelle hat in den vergangenen Jahren laufend zugenommen. Mit dem Primatswechsel wird – wie Zahlen dies belegen – eine Anpassung an die heutigen Benutzergewohnheiten vorgenommen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Der Handschreiber:

Liestal, 26. Februar 2013

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Schweizerische Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

Schaffhausen, 26. Februar 2013

Teilrevision des Publikationsgesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrter Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Teilrevision des Publikationsgesetzes und lassen uns innert Frist gerne wie folgt vernehmen.

Wir begrüßen den Übergang der rechtlichen Verbindlichkeit von der gedruckten auf die elektronische Veröffentlichung von Texten in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts und im Bundesblatt. Wir teilen die Ansicht des Bundesrates, dass sich dieser Wechsel aufdrängt, weil der Vorrang der gedruckten Publikationen die Gewohnheiten der meisten Benutzerinnen und Benutzer nicht mehr widerspiegelt. Mit den vorgeschlagenen Bestimmungen können Publikationsrecht und Praxis den aktuellen Erwartungen der Adressaten und Interessierten gerecht wird, ohne dass das bewährte System der amtlichen Veröffentlichungen grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Der Regierungsrat unterstützt die Schaffung einer umfassenden elektronischen Plattform, die allen Rechtssuchenden einen freien und gesicherten elektronischen Zugang zum Bundesrecht und den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten ermöglicht.

Ebenso unterstützen wir die Bestrebungen, bei den amtlichen Veröffentlichungen eine adäquate elektronische Signatur einzusetzen.

Angesichts der immer noch ansehnlichen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, welche wesentliche Dokumente wie Gesetzestexte nicht im Internet ansehen (wollen), muss - wie in Art. 16

Abs. des Gesetzesentwurfes vorgesehen - die Möglichkeit gegeben sein, elektronisch erschie-
ne Publikationen gegen eine Aufwandgebühr in gedruckter Form zu beziehen.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Vorschläge danken
wir Ihnen bestens.

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin:

Rosmarie Widmer Gysel

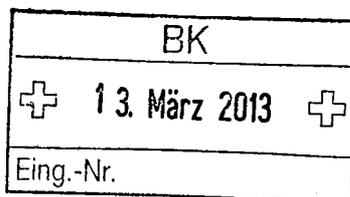
Der Staatsschreiber-Stv.:

Christian Ritzmann



Regierungsrat, 9102 Herisau

Schweizerische Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern



Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
Roger.Nobs@ar.ch

Herisau, 11. März 2013 / RS

Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über das Publikationsgesetz, Teilrevision

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2012 eröffnete die Bundeskanzlei die Vernehmlassung über eine Änderung des Bundesgesetzes vom 18. Juni 2004 über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsgesetz, PublG; SR 170.512). Die Vernehmlassungsfrist dauert bis und mit 8. März 2013.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt den Entwurf zur Änderung des PublG grundsätzlich positiv zur Kenntnis. Die Zustimmung basiert insbesondere darauf, dass der Regierungsrat bestrebt ist, den Bedürfnissen und Gewohnheiten der Öffentlichkeit in angemessener Weise Rechnung zu tragen. Zweifellos steht die Verwaltung vor der Herausforderung, den technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden. Aus diesem Grund hat sich auch der Regierungsrat zum Ziel gesetzt, die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologien konsequent zu nutzen.

1. Rechtliche Verbindlichkeit der elektronischen Veröffentlichung von Texten in der AS und im BBI

Der Regierungsrat kann die hinter dem Rechtsetzungsvorhaben stehende Zielsetzung gut nachvollziehen, wonach künftig nicht mehr die gedruckte Form der amtlichen Veröffentlichung die rechtsverbindliche oder massgebliche sein soll, sondern die elektronische Form. Die Zeit für diesen Primatwechsel scheint – zumindest auf Bundesebene – reif. Mit dem Primatwechsel wird den heutigen Kundengewohnheiten sowie den zeitgemässen Erwartungen der Rechtssuchenden entsprochen.

Der Regierungsrat begrüsst auch den Entscheid, die Papierprodukte bis auf weiteres und solange ein genügendes Bedürfnis nachgewiesen ist, weiter zu führen. Damit bleibt sichergestellt, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hat, sich die amtlichen Publikationen zu beschaffen, ohne dabei eine EDV-Installation mit Netzzugriff und Drucker unterhalten zu müssen.



2. Flexiblere Veröffentlichungstermine

Der Bundesrat beabsichtigt, den wöchentlichen Rhythmus der rechtsgültigen amtlichen Veröffentlichungen zu verlassen und künftig an jedem Wochentag eine rechtsgültige amtliche Veröffentlichung zuzulassen. Diese flexiblere Praxis erachtet der Regierungsrat als nicht zweckmässig. Den Benützerinnen und Benützern der amtlichen Publikationen werden dadurch zwar frühzeitig und unverzüglich die Erlasse und Publikationen von anderen Texten, die eine Rechtswirkung auslösen, zur Verfügung gestellt. Jedoch sind dieselben gezwungen, die Publikationsplattform des Bundes fortwährend zu konsultieren. Dies widerspricht gerade den Bedürfnissen und Gewohnheiten der Rechtssuchenden. Aus diesem Grund erachtet der Regierungsrat die bestehende Praxis der wöchentlichen Veröffentlichung als bedarfsgerechter.

3. Zentralisierung der Bezugsquellen

Der Regierungsrat begrüsst hingegen die im Zuge der Revision angestrebte Regelung, wonach nicht nur die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt, sondern auch weitere Rechtstexte auf der Publikationsplattform des Bundes verfügbar sind. Die Benennung zusätzlicher Textkategorien, die im Rahmen der Publikationsplattform online und zentral zugänglich gemacht werden können, erscheint dem Regierungsrat sehr zweckmässig.

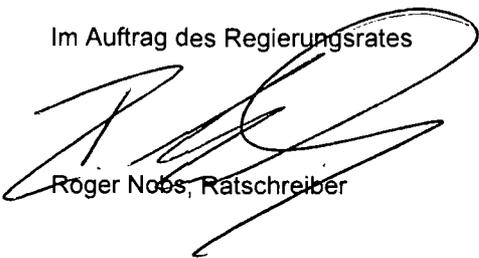
4. Konnex zur Änderung des Vernehmlassungsgesetzes

Im Entwurf über eine Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (Vernehmlassungsgesetz, VIG; SR 172.061), welcher parallel zum vorliegenden Entwurf in die Vernehmlassung gegeben wurde, wird die bisherige begriffliche Unterscheidung zwischen «Vernehmlassung» und «Anhörung» fallen gelassen. Bei dieser Gelegenheit ist dementsprechend darauf hinzuweisen, dass der mutmassliche Verzicht auf die Praxis der Anhörungen gemäss E-VIG eine Fremdänderung in Art. 1 Abs. 1 Bst. c Ziff. 2 nach sich ziehen würde. In diesem Falle wären Anhörungsunterlagen zukünftig nicht mehr zu veröffentlichen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber



KANTON
APPENZELL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
karin.rusch@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

BK		
+	25. Feb. 2013	+
Eing.-Nr.		

Appenzell, 21. Februar 2013

Änderung des Publikationsgesetzes Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 21. November 2012, mit welchem Sie um Stellungnahme zur Änderung des Publikationsgesetzes bis 8. März 2013 ersuchen.

Die Standeskommission ist mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden. Sie erwartet aber, dass für interessierte Kreise die Möglichkeit besteht, die Änderungen elektronisch angezeigt zu erhalten. Dabei brauchen nicht Volltexte versandt zu werden, es reichen eine Inhaltsangabe der jeweiligen Neuerungen und die entsprechenden Links.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, freundlich.

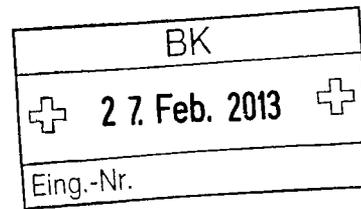
Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

Ratskanzlei Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Schweizerische Bundeskanzlei
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 26. Februar 2013

Änderung des Bundesgesetzes über die Gesetzessammlungen und das Bundesblatt; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin

Mit Schreiben vom 21. November 2012 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zur geplanten Änderung des Bundesgesetzes vom 18. Juni 2004 über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (SR 170.512; abgekürzt Publikationsgesetz bzw. PublG) Stellung zu nehmen.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir mit der geplanten Anpassung des Publikationsgesetzes an die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre einverstanden sind. Wir unterstützen insbesondere die hinter dem Rechtsetzungsvorhaben stehende Zielsetzung, wonach künftig nicht mehr die gedruckte Form der amtlichen Veröffentlichung die rechtsverbindliche oder massgebliche sein soll, sondern die elektronische Form. Die Zeit für diesen Primatwechsel scheint reif. Mit ihm wird dem tatsächlichen Konsumverhalten und den bisherigen Erwartungen der Rechtssuchenden entsprochen. Dass in diesem Zusammenhang auch eine einheitliche Publikationsplattform nicht nur für die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt, sondern auch für weitere Rechtstexte geschaffen werden soll, begrüssen wir ebenfalls.

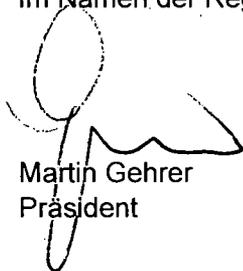
Gegen die punktuelle Änderung des geltenden Publikationsrechts aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist aus kantonaler Sicht nichts einzuwenden.

Dass neben den Neuerungen an Bewährtem – wie der Möglichkeit, die Texte in gedruckter Form zu beziehen, dem Verhältnis zwischen AS und SR sowie der Beschränkung des amtlichen Angebots auf die Grundversorgung mit Rechtstexten – festgehalten werden soll, erscheint uns nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.



Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung

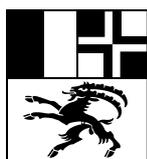


Martin Gehrer
Präsident



Canisius Braun
Staatssekretär

Geht zusätzlich per Mail an
kavweb@bk.admin.ch



Sitzung vom

05. März 2013

Mitgeteilt den

05. März 2013

Protokoll Nr.

196

Per Email

An die
Schweizerische Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern
Email: kavweb@bk.admin.ch

Vernehmlassung zur Änderung des Publikationsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. November 2012 wurde uns Gelegenheit eingeräumt, zum vorbezeichneten Rechtsetzungsvorhaben Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und äussern uns wie folgt:

Die Bündner Regierung beurteilt den vorliegenden Gesetzesentwurf als positiv.

Primäres Ziel der Revision ist der Übergang der rechtlichen Verbindlichkeit von der gedruckten auf die elektronische Veröffentlichung von Texten in der Amtlichen Sammlung (AS) und im Bundesblatt (BBl). Die Regierung befürwortet diesen Primatwechsel. Dieser drängt sich auf, weil der bisherige Vorrang der gedruckten Publikationen die aktuellen Gewohnheiten der meisten Benutzerinnen und Benutzer nicht mehr widerspiegelt und somit auch nicht mehr ihren Erwartungen entspricht. Die Regierung begrüsst auch die beabsichtigte Schaffung einer umfassenden elektronischen Publikationsplattform, die allen Rechtsuchenden einen freien und gesicherten elektronischen Zugang zum Bundesrecht ermöglicht. In diesem Zusammen-

hang ist es der Regierung ein grosses Anliegen, dass die in der rätoromanischen Sprache angebotenen SR-Texte ebenfalls auf der Publikationsplattform angeboten werden. In den Erläuterungen zu Art. 13 a Abs. 2 Vorentwurf wird diese Möglichkeit als Option erwähnt, die in der Publikationsverordnung realisiert werden kann. Aus unserer Sicht darf diese Publikation aber keine blosser Option sein, sondern hat zwingend zu erfolgen. Die vorgesehenen weiteren Optimierungen des Publikationsrechts mit verschiedenen punktuellen Anpassungen erscheinen sachgerecht und geben zu keinen weiteren Bemerkungen Anlass.

Wir bitten Sie, die vorangehende Anregung bei der Weiterbearbeitung des Entwurfes zu berücksichtigen und verbinden mit dem nochmaligen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme

freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

H. Trachsel

Dr. C. Riesen

Postadresse:
Regierungsrat des Kantons Aargau
Regierungsgebäude
5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
E-Mail regierungsrat@ag.ch

BK		
+	15. Feb. 2013	+
Eing.-Nr.		

Bundeskanzlei
KAV
3003 Bern

Aarau, 13. Februar 2013

Änderung des Publikationsgesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden am 21. November 2012 zur Vernehmlassung über die Änderung des Publikationsgesetzes eingeladen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr.

1. Allgemeine Bemerkungen

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsgesetz, PublG) vom 18. Juni 2004 sollen neu die elektronischen und nicht wie bisher die gedruckten Versionen der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS), der Systematischen Sammlung des Bundesrechts (SR) und des Bundesblatts (BBl) massgebend sein. Wie Zahlen belegen, trägt man mit dieser Änderung der stark verbreiteten Gewohnheit der Rechtssuchenden Rechnung, ausschliesslich die elektronischen Versionen zu konsultieren. Inwiefern der Vertrieb von periodisch erscheinenden und abonnierbaren Produkten (gedruckt oder auf Datenträgern) aufrechterhalten wird, wird – wie auch die technische Umsetzung – dem Verordnungsgeber überlassen. Der Regierungsrat begrüsst das geplante Vorhaben, hat der Kanton Aargau doch mit dem Wechsel der authentischen Veröffentlichung von der gedruckten zur elektronischen Fassung bei den aargauischen Publikationsorganen per 1. Januar 2012 sehr gute Erfahrungen gemacht.

Mit der Teilrevision des PublG soll ausserdem das Angebot der amtlichen Veröffentlichungen optimiert werden. Dies beinhaltet eine bessere Verlinkung von Rechtstexten (heute wird auf gewisse Rechtstexte lediglich mittels Angabe der Fundstelle verwiesen) und die Erweiterung

der Verfügbarkeit von Dokumenten wie etwa Erläuterungen zum Verordnungsrecht. Dieser Optimierung stehen wir ebenfalls positiv gegenüber, da weitere Ausführungen zu Erlassen für die Umsetzung von Bundesrecht hilfreich sein können.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 3 Abs. 3 und Art. 6 E-PublG

Die angestrebte Gleichstellung von Landesrecht und internationalem Recht durch die Publikation der meisten normativen, rechtsetzenden völkerrechtlichen Verträge und Beschlüsse wird vom Regierungsrat befürwortet. Gerade für Grenzkantone ist es wichtig, über bestehende Vereinbarungen mit dem Ausland umfassend informiert zu sein. Insofern wäre eine zurückhaltende Anwendung von Art. 6 (Ausnahmen von der Publikationspflicht) zu begrüssen.

Art. 4 Bst. c E-PublG

Allgemein verbindlich erklärte interkantonale Verträge nach Art. 48a der Bundesverfassung (BV) vom 18. April 1999 sollen neu in der AS publiziert werden. Da im Bereich der Konkordate ein alleiniges massgebendes Publikationsorgan fehlt, ist es zu befürworten, dass ein solches nun zumindest bei den allgemein verbindlich erklärten interkantonalen Verträgen vorhanden sein wird.

Art. 16 Abs. 3 und Art. 16a Abs. 3 E-PublG

Das Gesetz überlässt es dem Verordnungsgeber, zu entscheiden, ob periodische Ausgaben der Inhalte der Publikationsplattform in gedruckter Form oder als Datenträger weiterhin produziert und bezogen werden können. Diese Ausgaben wurden von der aargauischen Verwaltung bis anhin hauptsächlich deshalb abonniert, weil die Staatskanzlei als Einsichtnahmestelle deren Verfügbarkeit gewährleisten muss. Die Abschaffung der Druckversionen beziehungsweise Datenträger nach Inkrafttreten des PublG wäre folglich für die kantonale Verwaltung und ferner auch für die Gemeinden und die Aargauerinnen und Aargauer unproblematisch, da die Einsichtnahme diesfalls auch elektronisch vor Ort erfolgen kann. Die Abschaffung der Druckversionen und Datenträger könnte unseres Erachtens sogar bereits mit der Revision des PublG beschlossen werden.

Art. 18 E-PublG

Der vorliegende Gesetzesentwurf entbindet die Einsichtnahmestellen von der faktischen Abonnementspflicht. Es steht der weiterhin vom Kanton zu bezeichnenden Einsichtnahmestelle frei, lediglich eine Online-Konsultation vor Ort anzubieten. Der Regierungsrat befürwortet diese Änderung insbesondere angesichts dessen, dass die Möglichkeit zur Einsichtnahme in der Staatskanzlei kaum genutzt wird, die Kosten für die Abonnemente aber dennoch anfallen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

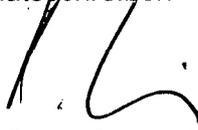
IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:



Susanne Hochuli

Staatsschreiber:



Dr. Peter Grünenfelder

Kopie an:

– kavweb@bk.admin.ch

Staatskanzlei, Schlossmühlestrasse 9, 8510 Frauenfeld

Bundeskanzlei
Frau Corina Casanova
Bundeskanzlerin
3003 Bern

BK:		
+	21. Feb. 2013	+
Eing.-Nr.		

Frauenfeld, 19. Februar 2013

Änderung des Publikationsgesetzes

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Vorentwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsgesetz, PublG) Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

I. Allgemeine Bemerkungen

Dem Vernehmlassungsentwurf können wir zustimmen. Wir begrüßen die vorgeschlagenen neuen Regelungen und somit auch den Primatwechsel von der gedruckten auf die elektronische Version, insbesondere für die Amtliche Sammlung des Bundesrechts (AS), das Bundesblatt (BBI) und die Systematische Sammlung des Bundesrechts (SR). Die vorgesehene Publikationsplattform dürfte Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu amtlichen Dokumenten erleichtern und den aktuellen Bedürfnissen an die Zugänglichkeit zu amtlichen Dokumenten gerecht werden. Aufgrund dieser Online-Zugänglichkeit ist es aber wichtig, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, welche die Authentizität und Integrität der elektronischen Veröffentlichungen gewährleisten und den Datenschutz und dabei insbesondere den Schutz von besonders schützenswerten Personendaten sicherstellen (Art. 16b und Art. 16c des Entwurfs).



2/2

II. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 3 Abs. 1

Da für die Publikation jeweils der rechtsetzende Charakter des Textes und nicht die Bezeichnung des völkerrechtlichen Erlasses massgebend ist, ist es sinnvoll und richtig, dass in dieser Bestimmung sowohl Verträge als auch Beschlüsse erwähnt werden.

Art. 7 Abs. 4

Die Texte müssen auch in ausserordentlichen Fällen veröffentlicht werden können. Die möglichen Publikationsmethoden sind daher im revidierten Gesetz selbst oder in der Verordnung aufzuführen. Für die Nutzerinnen und Nutzer muss klar sein, auf welche Art und Weise die Texte publiziert werden.

Weiter ist darauf hinzuweisen, dass im erläuternden Bericht zu Art. 7 Abs. 4 auf Seite 15 der Verweis auf die geltende Regelung in Art. 11 Abs. 1 Bst. b-f nicht richtig ist.

Art. 11

Die Aufnahme des Begriffs „laufend“ ist zweckmässig, zumal die elektronische Version mit der vorliegenden Gesetzesrevision zur massgeblichen Fassung ernannt werden soll. Dadurch sind flexiblere Veröffentlichungstermine anstelle des bisherigen wöchentlichen Rhythmus möglich. Gerade bei engen Zeitplänen (z.B. Fristen zur Inkraftsetzung von Gesetzen) könnte sich die elektronische Publikation als Vorteil erweisen.

Art. 13a

Dass möglichst viele Texte auf einer zentralen Publikationsplattform des Bundes zugänglich gemacht werden sollen, wird begrüsst.

Art. 16c

Wie bereits erwähnt, erachten wir eine spezielle Regelung des Datenschutzes als nötig. Bei einer Online-Zugänglichkeit muss klar geregelt werden, was publiziert werden darf, nämlich Personendaten und Persönlichkeitsprofile, und wo die Grenzen liegen („...soweit dies für eine im Gesetz vorgesehene Veröffentlichung notwendig ist.“).

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Maiu

Der Staatsschreiber

Joyce Bach



numero			Bellinzona	
1076	sb	2	5 marzo 2013	
				BK
				0 8. März 2013
				Eing.-Nr.

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Cancelleria federale
3003 Berna

Modifica della legge federale sulle pubblicazioni ufficiali (LPubl, RS 170.512) Presenza di posizione del Cantone Ticino alla consultazione del 21 novembre 2012

Signora Cancelliera della Confederazione,

la ringraziamo anzitutto di aver invitato il nostro collegio ad esprimersi nella consultazione federale relativa alla modifica della legge del 18 giugno 2004 sulle pubblicazioni ufficiali (LPubl, RS 170.512).

Oggetto della revisione

Con il presente disegno di modifica di legge il Consiglio federale intende adeguare il sistema delle pubblicazioni ufficiali all'evoluzione tecnica e sociale. Il sistema delle pubblicazioni ufficiali deve essere adeguato all'evoluzione tecnica e sociale nel quadro di una modifica prevista dall'obiettivo 7 dell'indirizzo politico 1 "La Svizzera sfrutta le opportunità offerte dalle tecnologie dell'informazione e della comunicazione" del programma di legislatura 2011– 2015. Il Governo federale rileva che i testi pubblicati nella RU, nella RS e nel FF, di grande rilevanza dal profilo giuridico e politico, sono ormai consultati quasi esclusivamente online: di conseguenza, negli ultimi anni la tiratura dei prodotti stampati è notevolmente diminuita.

La revisione si prefigge in particolare di introdurre un cambiamento della versione determinante, nel senso che in futuro non sarà più la versione cartacea delle pubblicazioni ufficiali a fare fede, bensì quella elettronica, facendo nel contempo la necessaria chiarezza, visto che molti utenti non sono consapevoli che oggi soltanto l'edizione cartacea è giuridicamente vincolante. Tra le varie cose, il Consiglio federale si propone anche di agevolare la tempestiva pubblicazione degli atti legislativi prima della loro entrata in vigore e di altri testi che producono effetti giuridici (p. es. talune decisioni), senza essere vincolati a un ritmo fisso di pubblicazione. La riforma si prefigge anche di migliorare l'accesso dei cittadini ai testi normativi giuridicamente rilevanti: così, ad

esempio, i testi per i quali nella RU e nel FF è previsto unicamente un rimando saranno pubblicati in una piattaforma centrale; inoltre, sarà possibile consultare le diverse versioni anteriori dei testi della RS che per talune fattispecie possono ancora avere una rilevanza. Infine, alcune disposizioni di dettaglio saranno adeguate alla luce delle esperienze raccolte negli ultimi anni, come per quanto riguarda la protezione dei dati personali.

Considerazioni generali

Nella forma attiriamo l'attenzione sull'abbreviazione attribuita, sin dall'inizio, alla legge: LPubl. Già per il fatto che coincide con quella in lingua francese, essa dev'essere modificata. Essa contiene peraltro anche un errore linguistico: l'abbreviazione corretta sarebbe LPubbl, poiché pubblicazione, in italiano, consta di una doppia b. Ne proponiamo quindi l'adeguamento.

Nel merito osserviamo che la revisione di legge appare, nel complesso, convincente, equilibrata e conforme alle aspettative dell'utenza, la quale sarà peraltro facilitata anche nella consultazione di versioni di atti normativi non più in vigore. Tra i punti meritevoli di essere rimarcati vi è senz'altro il mantenimento dei tre prodotti attuali RU, RS e FF e lo sviluppo del principio della pubblicazione delle versioni consolidate in vigore (facilmente accessibile e quindi molto apprezzata). Quest'ultima prestazione dello Stato è del resto a giusta ragione considerata fondamentale e si lascia nettamente preferire, per esempio, al modello molto complesso e poco "customer-friendly" in vigore presso l'Unione europea e suoi Stati membri.

Condividiamo inoltre il principio di continuare a produrre le edizioni stampate a dipendenza dell'evoluzione tecnologica, delle esigenze degli utenti e forse, aggiungiamo, anche per altre ragioni (in particolare quale alternativa a una pubblicazione in linea che potrebbe comportare rischi segnatamente per la sfera privata di cittadini). Per le pubblicazioni ordinarie l'avamprogetto prevede il passaggio dalle edizioni stampate settimanali della RU e del FF a pubblicazioni elettroniche quotidiane dei testi: questo principio, in sé condivisibile, dovrebbe però essere attuato in modo che i destinatari possano accedere in modo adeguato (e non a ritmo eccessivo) alle relative informazioni. Il sistema attualmente vigente dell'informazione settimanale della RU e del FF (possibile anche in forma elettronica) permette di mantenere una funzionale e apprezzata visione d'insieme delle modifiche.

La rinuncia, per motivi pratici a rivalorizzare la RS conferendole espressamente un carattere ufficiale, raccoglie il nostro consenso.

Condividiamo infine, e senza riserve, la possibilità che siano designate ulteriori categorie di testi accessibili online in maniera centralizzata mediante la piattaforma di pubblicazione, in particolare per i documenti dell'amministrazione importanti per l'applicazione del diritto, a beneficio della certezza del diritto e dell'uniformità della sua applicazione. Di riconosciuta importanza e utilità sono senz'altro, e in particolare ma non

solo, le perizie pubblicate nella «Giurisprudenza delle autorità amministrative della Confederazione» (GAAC) e i commenti relativi a ordinanze oggetto di proposta al Consiglio federale.

Considerazioni su singoli articoli

Le nostre osservazioni su singoli articoli si limitano ai due soli disposti, deputati a disciplinare gli aspetti della sicurezza e della protezione dei dati personali. È previsto inserirli nella Sezione 5 denominata "Disposizioni comuni".

Art. 16b

A norma del nuovo art. 16b, intitolato "Preservazione delle pubblicazioni elettroniche", il Consiglio federale stabilisce le misure necessarie volte a garantire l'autenticità e l'integrità dei testi pubblicati in forma elettronica". Diventando vincolante la versione elettronica, alla sicurezza dei dati devono essere poste esigenze elevate, in particolare per quanto attiene alla necessità di garantire anche a lungo termine l'autenticità, l'integrità e la disponibilità delle versioni elettroniche. Il progetto di articolo si limita ad enunciare il principio, delegando al Consiglio federale il compito di prevedere i dettagli tecnici e le singole misure di sicurezza, peraltro in parte enunciati già a livello di commento al disposto. Le precisazioni sono condivisibili, soprattutto l'obiettivo di proteggere i testi non soltanto in seno alla piattaforma di pubblicazione, ma anche dopo che sono stati scaricati.

Art. 16c

L'art. 16c dell'avamprogetto è peculiarmente dedicato alla protezione dei dati. Esso enuncia anzitutto, nel primo capoverso, che le pubblicazioni secondo la presente legge possono contenere dati personali, in particolare anche di natura sensibile ai sensi della legge federale sulla protezione dei dati del 19 giugno 1992 (LPD). Nel secondo capoverso è conferita delega al Consiglio federale di stabilire le misure necessarie per assicurare la protezione dei dati personali sensibili nell'ambito della pubblicazione elettronica. Il disposto si limita a istituire la – comunque necessaria – base legale formale per autorizzare espressamente la pubblicazione online di dati sensibili nelle pubblicazioni ufficiali e che per definire gli strumenti e le modalità per la loro protezione è data delegata al Consiglio federale.

Ancorché succinto, il capoverso 1 risulta sufficiente dal profilo dell'esigenza della base legale. Va comunque detto che la pubblicazione di dati sensibili in Internet ha una portata ben più ampia, con rischi notoriamente accresciuti per la protezione della vita privata, rispetto alla loro pubblicazione in formato cartaceo. In un caso concreto occorrerebbe quindi preliminarmente verificare se la pubblicazione *in forma elettronica* di dati sensibili prevista sia giustificata da un interesse pubblico preponderante e sia idonea e necessaria, quindi conforme al principio di proporzionalità. Potrebbe di conseguenza essere opportuno rivedere leggermente il capoverso 1, esplicitando a

livello di legge formale il richiamo al *principio di proporzionalità*, indicando eventualmente nel commento quali alternative potrebbero essere percorribili per comunque garantire la pubblicità esatta dalle basi legali del diritto speciale (per esempio la consultazione in loco anziché online per casi particolarmente delicati oppure una comunicazione personalizzata di dati che interessano effettivamente pochi destinatari).

Il capoverso 2, anch'esso molto conciso, si limita a una formulazione aperta. Come indica il rapporto esplicativo, questa impostazione è stata voluta per non precludere alcuna possibilità né alcuno sviluppo tecnico. Al riguardo, il rapporto evidenzia che attualmente si stanno considerando soluzioni volte a impedire l'indicizzazione automatica dei testi contenenti dati sensibili personali da parte di motori di ricerca esterni oppure volte a proporre un accesso limitato nel tempo, come è già peraltro il caso per alcuni fogli ufficiali cantonali o per il Foglio ufficiale svizzero di commercio. Queste e altre soluzioni (come l'accesso protetto mediante password per abbonati), applicate in parte anche nel Cantone Ticino, non risolvono certamente il problema di fondo del rischio di uso inappropriato delle informazioni pubblicate nel web. Permettono comunque di relativizzarne l'impatto da un punto di vista pratico, escludendo una loro immediata visualizzazione e disponibilità. Al riguardo va sottolineato l'importante auspicio che il Consiglio federale consideri costantemente lo sviluppo tecnico per l'individuazione dei rischi e delle soluzioni. In questo senso suggeriamo di completare il capoverso 2 del disposto aggiungendo, in calce, un riferimento alla necessità di *"tenere conto dell'evoluzione tecnica"*.

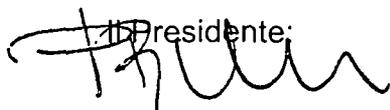
Conclusioni.

In conclusione, l'avamprogetto di modifica di legge sulle pubblicazioni ufficiali convince sia nell'impostazione sia nei contenuti. Leggeri adeguamenti nei disposti che riguardano la protezione dei dati potrebbero migliorarlo ulteriormente. Dal profilo formale richiamiamo la necessità di modificare l'abbreviazione della legge. Appoggiamo quindi la revisione in oggetto.

Voglia gradire, signora Cancelliera della Confederazione, i sensi della massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



P. Beltraminelli

Il Cancelliere:



G. Gianella

Copia p.c. : Deputazione ticinese alle Camere federali



Béatrice Métraux
Conseillère d'Etat

Cheffe du Département de l'intérieur

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Chancelière
Corina Casanova
Chancellerie fédérale
CPO
3003 Berne

Par courrier et par courriel

Lausanne, le 28 février 2013

Consultation sur la modification de la loi fédérale sur les publications officielles

Madame la Chancelière,

Dans le cadre de la consultation fédérale que votre Chancellerie a adressée aux gouvernements cantonaux en date du 21 novembre 2012 sur l'objet rappelé sous rubrique, échéant au 8 mars 2013, j'ai le plaisir de vous transmettre la position du canton de Vaud.

Ainsi que le rapport explicatif le précise, ce projet n'affecte en rien les compétences cantonales en la matière, ni n'impose de transfert de charges ou de modifications de notre législation.

Il se peut en revanche que cette modification induise, mais de manière volontaire cette fois, un impact sur la législation de notre canton, voire, et nous l'espérons, d'autres cantons. Votre rapport le souligne, nous avons été en 2004 le premier canton à opter pour l'abandon de la version papier de sa législation, et donc de facto à en traiter la version électronique comme sa référence. En raison des difficultés techniques existant encore à l'époque en matière de sécurité des données, nous n'avions toutefois pas jusqu'ici franchi le pas d'une prise de position officielle matérialisée par une modification de notre loi sur la législation, conservant des « versions de référence » vérifiées et sécurisées sous forme imprimée.

Aujourd'hui, les nouvelles technologies permettent de franchir ce pas et d'assurer qu'une version électronique peut bénéficier de toutes les garanties de fiabilité dans un domaine aussi sensible que la législation. Comme la Confédération, le canton de Vaud s'apprête donc lui aussi à officialiser l'inversion de priorité des versions.

Nous sommes par conséquent non seulement en phase avec votre projet, mais en outre fortement intéressés à un partage de nos connaissances respectives, voire à une harmonisation des protocoles informatiques en la matière, notamment concernant les techniques de sécurisation et de sauvegarde des données.

C'est le lieu de vous informer que le canton de Vaud a mis au point depuis des années un moteur de recherche très performant dans le domaine de la législation, assorti d'une gestion très complète de l'historique et des versions des textes, basée sur les *flux xml*. Nous offrons, naturellement, de mettre à votre disposition ces outils s'ils peuvent vous être utiles.

J'aimerais en outre souligner que le canton de Vaud, par l'entremise de son Chancelier agissant en représentation de la Conférence suisse des Chanceliers, participe actuellement très activement à un projet qui pourrait voir le jour sous l'égide de l'association E-justice (*anciennement Association Suisse d'Informatique Juridique*). Ce projet a pour objectif pour 2013 de maintenir et d'alimenter la base juridique en ligne de droit intercantonal « *LexFind* », et pour 2014 de proposer aux cantons (et à la Confédération) la mise en commun de connaissances et de ressources dans le but de développer un outil harmonisé d'édition et de publication législatives.

C'est dire à quel point nous considérons que toute avancée dans la mise à disposition en ligne et la recherche de documents législatifs est capitale, et nous ne pouvons dès lors qu'appuyer la démarche à l'origine de la présente consultation.

Vous remerciant de l'attention que vous avez porté à ces lignes, je vous prie de croire, Madame la Chancelière, à l'assurance de ma considération distinguée.

La Cheffe du département

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'B Métraux'.

Béatrice Métraux
Conseillère d'Etat

Copie

- M. Vincent Grandjean, Chancelier
- Me Jean-Luc Schwaar, chef du Service juridique et législatif



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2013.01048

Bundeskanzlei
KAV
3003 Berne

Date Sitten, 6. März 2013

Änderung des Publikationsgesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

Die Walliser Regierung dankt Ihnen für die Möglichkeit, zur vorgeschlagenen Änderung des Publikationsgesetzes Stellung beziehen zu dürfen.

I Grundsätzliches

Mit der vorgeschlagenen Revision des Publikationsgesetzes plant der Bund die Einführung der Rechtsverbindlichkeit bzw. Massgeblichkeit der elektronischen Form der Erlasse. Neu sollen somit nicht mehr die gedruckten Versionen von AS, BBI und SR massgebend sein, sondern die elektronischen Versionen. Dieser Primatwechsel ist grundsätzlich zu begrüßen, da er sich den heutigen Realitäten und Benutzergewohnheiten anpasst. Es ist heute ein allgemeiner Trend, dass ein Grossteil der Rechtssuchenden nur mehr die elektronischen Publikationen konsultieren, ohne sich bewusst zu sein, dass grundsätzlich die gedruckten Veröffentlichungen rechtsverbindlich sind.

Die Rechtsverbindlichkeit der elektronischen Publikation ermöglicht zudem dem Rechtssuchenden einen rascheren Zugriff auf die aktuellen Veröffentlichungen und trägt damit zur Rechtssicherheit bei.

Die Walliser Regierung steht auch der Schaffung einer zentralen Publikationsplattform des Bundes positiv gegenüber. Nebst den genannten Publikationen von AS, BBI und SR sollen auf dieser Publikationsplattform zusätzlich weitere nützliche Rechtstexte und Dokumente zentral abrufbar sein, die für die Rechtsanwendung von Bedeutung sein können. Genannt werden dabei insbesondere die Verwaltungspraxis der Bundesbehörden (VPB) sowie Erläuterungen zum Verordnungsrecht. Zudem sollen auch historische Fassungen von SR-Texten verfügbar sein. Dies stellt für den Rechtssuchenden eine wertvolle Bereicherung dar. Dabei begrüßen wir die Veröffentlichung zumindest der allgemein verbindlichen Konkordaten auf dieser zentralen Plattform.



II Im Besonderen

Eine besondere Herausforderung für die Verlässlichkeit der elektronischen Publikation wird sicher die Übereinstimmung zwischen den verschiedenen sprachlichen Versionen sein, indem sichergestellt werden muss, dass alle drei Sprachversionen in der elektronischen Variante fehlerfrei und ohne Abweichung gleichzeitig aufgeschaltet werden.

Als zweisprachiger Kanton erwarten wir von der Gesetzesrevision, dass der Mehrsprachigkeit der Schweiz Rechnung getragen wird und Art. 14 Abs. 2 des Entwurfs restriktiv angewendet wird.

Eine Selbstverständlichkeit ist schliesslich die Forderung, dass die Publikationsplattform den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen muss, um ein unbefugtes Eindringen und Verändern der Daten zu verhindern.

Wir danken Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, dass wir uns zu dieser Revision äussern durften und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Staatsrates

Die Präsidentin

Esther Waeber-Kalbermatten



Der Staatskanzler

Philipp Spörri



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Chancellerie fédérale
CPO
3003 Berne

Modification de la loi sur les publications officielles

Madame, Monsieur,

Vous avez consulté notre Autorité et nous vous en remercions. Nous vous faisons parvenir ci-après notre prise de position.

La modification de la loi sur les publications vise principalement à ce qu'à l'avenir, ce soit la version électronique du Recueil officiel (RO) et de la Feuille fédérale (FF) qui fasse foi, et non plus la version imprimée. Cette inversion du primat actuel du papier sur le numérique se justifie pleinement par le changement dans les habitudes – et donc les attentes – de la plupart des usagers. En effet, les textes publiés au RO et à la FF sont désormais consultés principalement en ligne. Nous saluons cet alignement des bases légales sur la pratique quotidienne.

Les autres adaptations apportées par la modification de la loi sur les publications officielles n'appellent pas de commentaires de notre part.

Nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 6 mars 2013

Au nom du Conseil d'Etat:

Le président,
P. GNAEGI

La chancière,
S. DESPLAND





Genève, le 13 mars 2013

BK		
+	14. März 2013	+
Eing.-Nr.		

Le Conseil d'Etat

1255-2013

Madame Corina Casanova
Chancelière de la Confédération
Chancellerie fédérale
3003 Berne

**Concerne : Modification de la loi sur les publications officielles
procédure de consultation**

Madame la Chancelière de la Confédération,

La lettre du 21 novembre 2012 par laquelle vous ouvrez la procédure de consultation relative à la modification de la loi fédérale du 18 juin 2004 sur les recueils du droit fédéral et la Feuille fédérale (loi sur les publications officielles, Lpubl; RS 170.512) nous est bien parvenue et a retenu toute l'attention de notre Conseil.

Nous avons bien noté que le projet de la Confédération est motivé par l'évolution technique et les nouvelles habitudes sociales. La loi fédérale actuelle est toutefois relativement récente puisqu'elle n'est en vigueur que depuis le 1^{er} janvier 2005 et que son adoption découlait déjà de la nécessité de donner une base légale à la publication des textes officiels sur Internet et de préciser le rapport entre la publication traditionnelle et la publication électronique.

Comme le Conseil fédéral, le gouvernement genevois tend également à favoriser dans toute la mesure du possible l'utilisation du numérique, y compris pour les textes juridiques. L'Etat de Genève a ainsi développé depuis plus de quinze ans une application informatisée de la législation et a joué, et joue encore, un rôle de pionnier dans l'évolution de la cyberadministration en général.

Le changement de paradigme que représente l'abandon du primat de la version papier sur la version électronique présente cependant, à notre sens, des impacts considérables auxquels il conviendrait de porter une attention soutenue, en particulier sous l'angle de la sécurité du droit (et donc des mesures organisationnelles et techniques induites par la révision), mais aussi du respect des données personnelles de tiers.

Par ailleurs, au vu des coûts probables engendrés par cette révision, notre Conseil espère qu'elle ne se concrétisera pas par un report de charges sur les cantons ni sur une limitation de leur autonomie quant à leurs propres modalités de publication.

Notre Conseil est donc favorable au développement de la publication électronique, y compris pour le droit fédéral.

Nous saisissons cependant l'occasion de la présente procédure de consultation concernant les publications officielles pour regretter que la publication des concordats intercantonaux ait été abandonnée en 2004 et souhaitons qu'une telle publication soit réintroduite. Il existe également un intérêt public à ce que l'approbation d'actes cantonaux par la Confédération fasse l'objet d'une publication électronique.

En résumé, notre Conseil ne peut que saluer ce projet ambitieux ; ses conséquences nous paraissent justifier quelques considérations sur certaines dispositions du projet de révision que vous trouverez en annexe à la présente.

Veillez croire, Madame la Chancelière de la Confédération, à l'assurance de notre considération distinguée.

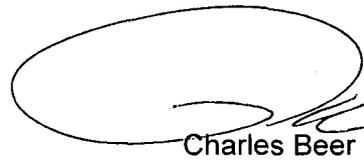
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



Charles Beer

Annexe : mentionnée

Remarques relatives au projet de modification relative à la Loi fédérale sur les recueils du droit fédéral et la Feuille fédérale

Titre de l'acte

Le nouveau titre proposé "Loi sur les publications" pourrait induire en erreur sur le champ d'application proprement dit de la loi. L'abandon du qualificatif "officielles" nous paraît regrettable.

Nous suggérons son maintien car, en effet, les textes dont il est question constituent bien des publications officielles en ce sens qu'elles émanent des instances officielles ou, s'agissant de normes privées ou d'actes juridiques émanant de l'Union européenne, ont été déclarées applicables en droit suisse. Dans son rapport explicatif à l'appui de la présente révision, page 13, le Conseil fédéral utilise d'ailleurs lui-même les termes de "publications officielles".

Art. 1, let. c et al. 2 (nouveau)

Pas de commentaires.

Art. 3, titre, al. 1 et 3

Al. 1

Comme déjà relevé, les actes cantonaux approuvés par la Confédération et les conventions que les cantons passent entre eux ou avec l'étranger devraient aussi être publiés.

al. 3

Pas de commentaires

Art. 4, titre et let.c

Nous approuvons cette disposition qui nous paraît tout à fait opportune. Il nous paraîtrait souhaitable que soient également publiés les actes cantonaux approuvés par la Confédération et les conventions que les cantons passent entre eux ou avec l'étranger.

Art. 5

Al. 1

La faculté de publication sous la forme de renvoi est nécessaire et l'adoption d'une base légale adéquate.

Al. 2

Pas de commentaires.

Al. 3

Pas de commentaires.

Art. 6

Pas de commentaires.

Art. 7

Al. 1

Pas de commentaires.

Al. 3

La publication le jour de l'entrée en vigueur d'un texte normatif, procédure qualifiée d'extraordinaire aujourd'hui, et de procédure ordinaire urgente demain, paraît s'étendre de façon rapide si l'on en croit les statistiques : 30 fois en 2010, 82 fois en 2011.

Une telle évolution interpelle. Du point de vue de l'intérêt de la sécurité du droit et de l'information à donner à la population sur les changements apportés au cadre juridique, cette évolution ne nous paraît pas la bienvenue et n'est vraisemblablement pas étrangère au développement même des moyens de communication numérique. Il importe que les critères de l'urgence soient définis et qu'ils répondent bien à une réalité effective. Nous abondons dans le sens du Conseil fédéral lorsqu'il relève à la page 15 de son rapport explicatif : "*... il ne sera pas possible de baptiser "urgente" une publication pour la seule raison que l'affaire a été mal planifiée ou organisée: le caractère d'urgence dépendra du contenu de l'acte et des effets juridiques qu'il produira, et en aucun cas de l'avancement du processus de publication.*"

Al. 4

Pas de commentaires.

Art. 9

A. 1

Nous ne sommes pas défavorables à l'abrogation de la présente disposition, tout en relevant que la version imprimée présente à ce jour une sécurité du droit accrue.

Art. 10

A. 1

Nous sommes globalement d'accord avec l'idée d'une simplification du processus de correction des erreurs. Il paraît également nécessaire et utile de permettre à la Chancellerie fédérale de corriger les erreurs, car c'est elle qui est garante de la mise en œuvre correcte des décisions du Conseil fédéral.

Al. 2

S'agissant des erreurs survenues durant le processus de publication des actes de l'Assemblée fédérale, la compétence donnée à la Chancellerie fédérale nous paraît également opportune.

Art. 11

Pas de commentaires.

Art. 12, al. 3

Nous donnons la préférence au maintien de cet alinéa. La loi sur l'Assemblée fédérale doit rester le siège de la matière et la rédaction de l'art. 58 LParl nous paraît appropriée.

Art. 13, al. 1, let. c et 2

Pas de commentaires.

Art. 13a

Al. 1, let. a

La formulation de la lettre a (renvoi à l'art. 13, al. 3) n'est pas claire en ce sens que l'on ne comprend pas si cela vise les textes légaux dans leur intégralité ou seulement la publication de leur titre et d'une référence.

Al. 1, let. c

La publication des versions antérieures du droit fédéral est ambitieuse et peut être soutenue (même si un plein déploiement pourrait s'avérer coûteux pour la Confédération).

Art. 14, al. 2, phrase introductive, et 4 (nouveau)

Al. 2

La délégation législative nous paraît, trop large. Par ailleurs, nous ne sommes pas favorables à une restriction de publication dans les trois langues officielles. En conséquence, nous préférons le maintien de l'article 14, al. 2 dans sa formulation actuelle.

Al. 4

Pas de commentaires.

Art. 16

S'agissant de la formulation du nouvel article 16, la délégation législative au Conseil fédéral figurant à l'alinéa 3 nous paraît trop large. Il convient que la loi encadre mieux cette délégation en précisant l'objet exact, afin que la future ordonnance ne contienne que des règles couvertes expressément par cette délégation.

Art. 16a

Al. 3

Il relève du devoir fondamental de tout Etat de droit de publier sa législation et de la mettre à disposition de la population de la façon la plus accessible, si possible gratuitement. Bien conscients des impératifs budgétaires, nous comprenons qu'il faut réduire les impressions papier. Si internet doit être mis en avant, il ne devrait pas pour autant faire complètement disparaître les versions imprimées dans l'intérêt de la sécurité du droit.

Art. 16b

Une simple délégation législative nous paraît trop large. En l'état actuel de la technique, il nous paraît que la sécurité juridique de l'intégrité des publications électroniques n'est pas totalement assurée.

Art. 16c

Al. 1

Pas de commentaires.

Al. 2

L'article 16c fait référence aux notifications par voie édictale qui peuvent être nécessaires dans des cas particuliers. S'agissant de données sensibles, il importe, au vu de l'atteinte à la personnalité que de telles publications entraînent, que l'anonymisation des données intervienne après l'écoulement d'un temps à définir. En ce sens, l'alinéa 2 doit être reformulé afin de mieux circonscrire la délégation législative donnée au Conseil fédéral. Sous cet angle, la formulation actuelle de l'art. 16, al. 3 LPubl nous semble préférable.

Art. 17

Pas de commentaires.

Art. 18

Pas de commentaires.

Art. 19

Pas de commentaires.

Art. 19a

Pas de commentaires.

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Madame
Corina Casanova
Chancelière de la Confédération
Palais fédéral ouest
3003 Berne

BK	
 1. März 2013	 Hôtel du Gouvernement 2, rue de l'Hôpital CH-2800 Delémont
Eing.-Nr.	t +41 32 420 51 11 f +41 32 420 72 01 chancellerie@jura.ch

Delémont, le 5 mars 2013

Consultation concernant la modification de la Loi sur les publications officielles

Madame la Chancelière,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a l'honneur de vous transmettre sa réponse dans le cadre de la consultation citée en marge et de vous communiquer les considérations suivantes.

En tant qu'elles répondent aux habitudes sociales ainsi qu'aux attentes des praticiens, les modifications proposées par l'avant-projet mis en consultation sont à saluer. En particulier, l'inversion du primat du papier sur le numérique s'inscrit incontestablement dans le cadre de la politique d'information et de communication telle qu'elle ressort du programme de législature 2011-2015 de la République et Canton du Jura. De même, il est louable de profiter du changement de paradigme pour apporter à la plate-forme électronique de publication diverses améliorations.

Ceci étant, l'avant-projet en question suscite de notre part les commentaires suivants.

1. Suivant l'art. 1 al. 1 let. c P-LPubl, la plate-forme de publication servira notamment à assurer la publication de divers **textes présentant un lien étroit avec la législation**. A ce titre, l'art. 13a al. 1 P-LPubl dispose que seront disponibles sur la plate-forme de publication: a. les textes publiés dans le RO uniquement par renvoi (art. 5 al. 1 P-LPubl); b. les documents relatifs aux procédures de consultation et d'audition; c. les versions antérieures du droit fédéral. Pour le surplus, le projet délègue au Conseil fédéral le soin de préciser quels textes seront publiés sur la plate-forme (art. 13a al. 2 P-LPubl).

Dans la mesure où la mise en place d'une plate-forme de publication assure à son contenu une accessibilité simplifiée, il paraît utile de l'enrichir d'un maximum de textes de différentes natures. Vu la diversité des documents susceptibles d'être publiés de même que la relativité de leur portée respective, la compétence de les désigner doit assurément revenir

au Conseil fédéral. La délégation de compétence prévue par l'art. 13a al. 2 P-LPubl confère ainsi incontestablement à la plate-forme une capacité accrue de s'adapter à des impératifs susceptibles d'évoluer.

Dans ces circonstances, il y a toutefois lieu de regretter le nombre trop limité de types de documents devant de par la loi être publiés. Ainsi, l'objet de l'art. 13a al. 1 P-LPubl mériterait selon nous d'être étendu à d'autres textes dont l'importance est significative, tels que la JAAC ou les directives émanant de certaines unités administratives de la Confédération.

2. S'agissant de la **publication sous la forme d'un renvoi**, l'art. 5 al. 2 dispose que "les textes qui sont publiés par un autre organe de publication accessible en Suisse sont mentionnés dans le RO uniquement par leur titre, par une référence à cet organe ou par le nom de l'organisme auprès duquel ils peuvent être obtenus".

Suivant le Rapport explicatif pour la procédure de consultation (ci-après: "le rapport"), p. 13, la publication d'un texte selon l'art. 5 al. 2 P-LPubl sera assurée par la mention de son titre d'une part et par la référence à l'organe duquel il émane d'autre part. Or, le sens ici donné à l'art. 5 al. 2 P-LPubl ne ressort pas sans équivoque de son texte. En particulier, cette disposition est susceptible de s'interpréter en ce sens que la publication est suffisante dès lors qu'elle mentionne le simple titre du texte auquel il est fait renvoi. Aussi, il semble opportun de clarifier la teneur de l'art. 5 al. 2 P-LPubl.

3. S'agissant de la distinction à opérer **entre publication ordinaire et publication extraordinaire**, l'art. 7 al. 1 LPubl arrête le principe selon lequel les textes doivent être publiés dans le RO au moins cinq jours avant leur entrée en vigueur. Si cela se révèle nécessaire pour qu'il puisse déployer pleinement ses effets, parce qu'il y a urgence (art. 165 Cst.) ou en raison de circonstances extraordinaires, un acte publié au préalable selon la procédure extraordinaire déploie ses effets quand bien même il ne figure pas au RO depuis cinq jours (art. 7 al. 3 LPubl).

Selon le rapport, p. 15, l'urgence invoquée pour motiver grande partie des publications extraordinaires intervenues entre 2010 et 2012 était fort éloignée de celle dont il est question à l'art. 165 Cst.. Partant de ce constat, le projet de révision revoit à la baisse les exigences justifiant l'entrée en vigueur d'un texte publié dans le RO depuis moins de cinq jours. L'art. 7 al. 3 P-LPubl dispose à ce titre qu'un texte peut exceptionnellement être publié le jour de son entrée en vigueur "si cela est nécessaire pour lui permettre de déployer pleinement ses effets".

Compte tenu de l'importance qui doit être reconnue au principe de la prévisibilité du droit, nous regrettons la teneur si général de l'art. 7 al. 3 P-LPubl. En particulier, on eût apprécié que la loi circoncrive clairement et de manière plus restrictive les circonstances dans lesquelles il y a lieu d'admettre l'entrée en vigueur d'un texte n'ayant pas fait l'objet d'une publication dans le RO cinq jours auparavant.

4. S'agissant des **exigences en matière de traduction**, l'art. 14 al. 2 P-LPubl dispose que le Conseil fédéral peut prévoir que les textes visés à l'art. 13a P-LPubl ne seront pas publiés ni mêmes traduits dans les trois langues officielles, à condition que: a. les dispositions contenues dans ces textes n'imposent pas directement des obligations aux personnes

concernées, ou; b. les personnes concernées utilisent ces textes uniquement dans la langue originale.

Dans la mesure où, conformément à l'art. 13a al. 2 P-LPubl, des textes d'ordre jurisprudentiel sont susceptibles d'être publiés sur la plate-forme électronique et que ceux-ci n'imposent par nature pas directement d'obligations à toutes les personnes concernées, nous regrettons que la loi admette que des documents du type de ceux décrits à l'art. 14 al. 2 let. a P-LPubl ne soient pas traduits dans les langues officielles.

5. Nous constatons pour le surplus que le terme "portail juridique" employé par l'art. 19 al. 1 P-LPubl ne figure à nul autre endroit du projet de loi. A la lecture du rapport, p. 22, il semble que la gratuité sera étendue à tous les textes publiés sur la plate-forme électronique. Aussi, il serait bien d'utiliser partout la même terminologie.

Au-delà des remarques faites ci-dessus, l'avant-projet rencontre notre agrément.

Nous vous remercions de l'intérêt que vous porterez à la présente et vous prions d'agréer, Madame la Chancelière, l'expression de nos sentiments très distingués.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Michel Probst
Président




Sigismond Jacquod
Chancelier d'État